

DAS GEMEINWOHL IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

Gerhard Wahlers (Hrsg.)

Mit Beiträgen von:

Angela Merkel | Peter Sutherland

Diarmuid Martin | Hans-Gert Pöttering



Konrad
Adenauer
Stiftung

3 | EINLEITUNG

**6 | EINE WELT – WERTE UND POLITIK DEUTSCHLANDS
IN DER INTERNATIONALEN STAATENGEMEINSCHAFT**

12 | MÄRKTE, GOOD GOVERNANCE UND GLOBALE GERECHTIGKEIT

22 | GRUNDWERTE EINER WELTWEITEN CHRISTLICHEN ETHIK

28 | DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DAS GEMEINWOHL

**36 | DEM GEMEINWOHL INTERNATIONALE GELTUNG VERSCHAFFEN
(DOKUMENTATION DER PANELDISKUSSION)**

42 | AUTOREN, PANELTEILNEHMER UND HERAUSGEBER

EINLEITUNG

Das Schlagwort der Globalisierung erfasst vielfältige Prozesse. Ein Phänomen ist die Entgrenzung der staatlichen Ordnungsaufgaben sowie der Institutionen und Regeln des gemeinschaftlichen Zusammenlebens. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie das Gemeinwohl, verstanden als das „gemeinsame Gut“ – das *bonum commune* – einer Gesellschaft, bestimmt und international verwirklicht werden kann. Der Einsatz für das gemeinsame Gut in einem sich stark verändernden globalen Umfeld stand im Mittelpunkt des internationalen Symposiums „Das Gemeinwohl in einer globalisierten Welt“, das die Konrad-Adenauer-Stiftung am 15. Februar 2008 anlässlich des 75. Geburtstags des Stiftungsvorsitzenden Prof. Dr. Bernhard Vogel in Berlin durchführte. Die Verwirklichung des Gemeinwohls ist Leitmotiv des gesamten politischen Lebenswegs von Prof. Dr. Vogel.

Die Beantwortung der Frage nach der Gemeinwohlvorsorge auf internationaler Ebene fällt uns heute schwerer als noch vor zwanzig oder dreißig Jahren. Ziel der Konferenz war, in Anbetracht der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme auf globaler Ebene weiterzudenken: Was heißt es, sich für das Gemeinwohl in einer veränderten Welt einzusetzen? Wie kann das Gemeinwohl bestimmt werden und welche Instrumente brauchen wir, um auch auf überstaatlicher Ebene dem Wohlergehen der Weltgemeinschaft gerecht zu werden?

Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl eröffnete das Symposium und würdigte das Lebenswerk des Stiftungsvorsitzenden.

International anerkannte Experten aus Wirtschaft, Politik, Kirche und Wissenschaft trafen im Rahmen der Veranstaltung zusammen, um von ihrem jeweiligen Standpunkt das Problem zu beleuchten. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hielt die Abschlussrede des Symposiums. Ihr Beitrag sowie die Reden von Peter Sutherland, ehemaliger General-

direktor der WTO, dem Erzbischof von Dublin Diarmuid Martin und dem Präsidenten des Europaparlaments Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering sind in diesem Tagungsband wiedergegeben. Zusammen mit einem Resümee der Beiträge der Podiumsgäste spiegeln sie die Breite der Diskussion des Symposiums zur globalen Gemeinwohlvorsorge wider.

Der Begriff des Gemeinwohls umfasst neben anderen Aspekten auch die Ordnung der Gemeinschaft, das heißt Regeln, Institutionen und Organe, zu denen wir uns bekennen und durch die das *bonum commune* verwirklicht werden kann. Eine vorrangige Aufgabe zwischenstaatlicher Kooperation muss heute das Schaffen eines gerechten Ordnungsrahmens auf globaler Ebene sein. Das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft kann dabei, als ein nach Gerechtigkeit strebendes Konzept, ein Leitbild sein. Allerdings ist der Konsens über das Gemeinwohl, das es auf internationaler Ebene zu bewahren gilt, bisher nur in Ansätzen vorhanden. Unzureichende internationale Regelwerke und geschwächte Institutionen sind ein Ausdruck dieser Tatsache. Auch die Rolle des Nationalstaates muss in diesem Zusammenhang neu definiert werden.

Für eine Politische Stiftung, die der Bewegung der christlichen Demokratie verbunden ist, kann die Vorstellung vom Gemeinwohl nicht auf den nationalen Raum beschränkt sein. Für uns ist die Globalisierung kein Nullsummenspiel, das nur entweder auf Kosten der Industrie- oder der Entwicklungsländer geht. Der Globalisierungsprozess hilft auch den Ärmsten der Armen dieser Welt. Aber wir müssen Wege finden, die Entwicklungen in die richtigen Bahnen zu lenken. Denn das Gemeinwohl ist mehr als die Summe des Wohlergehens der Individuen.

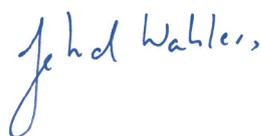


Gerhard Wahlers

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wies in ihrer Abschlussrede darauf hin, dass die Grundlage einer globalen Teilhabe eine durch Werte geleitete Außenpolitik sein muss. Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte bilden den Kern einer wertorientierten globalen Ordnungspolitik: Diese Koordinaten des Ordnungsrahmens sind für uns Teil eines erfolgreichen gesellschaftlichen Modells und mit entsprechendem Selbstbewusstsein sollten wir für dieses Modell in der Welt eintreten. Eine Herausforderung besteht darin, dass die Zusammenarbeit nicht allein mit Partnern des Okzidents zu bewerkstelligen sein wird: Wir müssen uns anderen Ordnungs- und Leitbildern stellen. Nicht-westlich geprägte, wirtschaftlich und inzwischen auch politisch einflussreiche Länder gewinnen zunehmend an Bedeutung. Auch mit diesen Ländern, die einen anderen kulturellen Hintergrund haben und über andere Netzwerke und Regelungsmechanismen verfügen, müssen wir kooperieren und Partnerschaften begründen.

Eine wertgebundene Zusammenarbeit mit Partnern auf allen Kontinenten ist für uns als Konrad-Adenauer-Stiftung die Grundlage unseres internationalen Engagements. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine soziale Wirtschaftsordnung fördern wir weltweit aus christlicher Verantwortung heraus. Das Gemeinwohlprinzip ist dabei Kern unseres Auftrags, am Aufbau einer globalen, sozial gerechten Ordnung mitzuwirken.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär der
Konrad-Adenauer-Stiftung



EINE WELT – WERTE UND POLITIK DEUTSCHLANDS

IN DER INTERNATIONALEN STAATENGEMEINSCHAFT

Angela Merkel



Angela Merkel

Lieber Bernhard Vogel, ich möchte es noch einmal deutlich machen: Sie sind ein ziemlich einzigartiger Politiker. Denn es hat außer Ihnen noch niemanden gegeben, der in zwei Bundesländern Ministerpräsident war – bekanntermaßen in Rheinland-Pfalz und in Thüringen – der zwei Bundesländer politisch, wirtschaftlich und kulturell vorangebracht hat, der in beiden Bundesländern von den Bürgerinnen und Bürgern im Amt bestätigt wurde, von den Menschen in diesen Bundesländern hoch geschätzt und verehrt wurde, der ein Landesvater par excellence im Westen und im Osten der Republik war.

Nun hat das, lieber Bernhard Vogel, auch damit zu tun, dass Sie Ihr politisches Wirken in einer Zeit entfalten konnten, über die wir alle besonders glücklich waren und sind, in einer Zeit, in der es gelungen ist, eine Hoffnung, eine Vision Wirklichkeit werden zu lassen, und zwar die Wiedervereinigung Deutschlands. Das hat Ihnen die Möglichkeit gegeben, beim Aufbau der neuen Bundesländer mitzuwirken. Sie haben sich 1992 mit Leidenschaft in diese völlig neue Aufgabe gestürzt und etwas getan, was nicht jedem, der zur deutschen Einheit seinen Beitrag leisten wollte, so gut gelungen ist. Sie haben sich auf Thüringen und seine Menschen eingelassen. Sie sind dabei Sie selbst geblieben. Sie haben Ihre Erfahrungen eingebracht und Sie haben zugehört. Sie waren aufmerksam, Sie haben nicht von oben herabgeschaut, sondern Sie haben sich die Fähigkeit bewahrt, das zu erkennen, was die Menschen mitgebracht haben: ihre Erfahrung, ihren Mut, ihren Lebensweg. Sie waren damit ein Brückenbauer zwischen Ost und West.

Vertrauen schaffen, Vertrauen entgegenbringen – das kann man, glaube ich, besonders dann gut, wenn Politik aus Leidenschaft und von einem festen Wertefundament heraus gestaltet wird. Ich darf das aus eigenem Erleben sagen: Das ist für Sie das christliche Bild vom Menschen. Der Mensch steht für Sie nicht nur im Mittelpunkt, sondern der Mensch ist für sie von Gott geschaffen, mit einer einzigartigen Würde ausgestattet. Ihm ist Freiheit gegeben, nicht zuletzt die Freiheit, etwas für diese Gesellschaft und für die Mitmenschen zu leisten. Dieses Menschenbild und die Katholische Soziallehre haben Bernhard Vogel 1960 in die Christlich Demokratische Union geführt. Lieber Bernhard Vogel, Sie haben sich über manche Härte des politischen Alltags eine Fröhlichkeit bewahrt und eine tiefe Verwurzelung im Glauben, der Ihnen Halt und Gelassenheit gibt. Vielleicht haben Sie, als Sie vor bald fünfzig Jahren in die Christlich Demokratische Union eintraten, nicht geahnt, wie sehr Sie doch mit Ihrer Arbeit auch diese Christlich Demokratische Union prägen würden. Sie haben dankenswerter Weise bei der Erarbeitung unseres neuen Grundsatzprogramms ganz wesentlich die ersten Kapitel mitgestaltet. Das sind die Kapitel, in denen wir uns mit unseren Grundwerten, mit der Identität der Christlich Demokratischen Union befassen haben. Sie haben auch dort mit einer unglaublichen Umsicht, Weitsicht und Einsicht sowie mit großer Sensibilität darauf geachtet, dass die Tradition und die Grundlagen so fortentwickelt wurden, dass sie uns einerseits den Blick in die Zukunft eröffnen, aber andererseits uns unserer Vergangenheit auch weiter bewusst sein lassen. Das ist es ja auch, was uns in der Arbeit der Christlich Demokratischen Union jeden Tag umtreibt: Bewährtes bewahren und offen sein für Neues.

Heute sind wir hier, weil Sie viele Ihrer Stunden nunmehr auch der Konrad-Adenauer-Stiftung geschenkt haben. Ein Glücksfall für die Stiftung, wie ich finde, ein Glücksfall für alle, die in dieser Stiftung arbeiten können und deshalb ein ganz herzliches Dankeschön. Ihre Fähigkeit, Brücken zu bauen, ist mit Sicherheit gut für eine Politische Stiftung, für unsere Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich für das Gemeinwohl in einer globalisierten Welt einsetzt. Für eine Stiftung, die immer wieder geistige Brücken bauen muss. Und deshalb finde ich auch das Thema des heutigen Symposiums außerordentlich passend für das, was wir miteinander besprechen wollen und was Sie heute hier schon in verschiedenen Runden diskutiert haben.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN FÜR UNSERE WERTE UND PRINZIPIEN

Wir leben am Anfang des 21. Jahrhunderts, wir sprechen viel von Globalisierung. Nun hat es über viele Jahrhunderte die Erkundung der Welt gegeben und die Welt ist damit für uns immer erfassbarer geworden. Mit der Erkenntnis der Welt geht einher, dass wir immer mehr über uns selbst, aber vor allem voneinander wissen. Der eigentliche qualitative Durchbruch für eine globale Welt war aus meiner Sicht die Datenverarbeitung. Ausdruck findet sie heute in Form des Internets. An Informationen ist eigentlich alles verfügbar und damit ist der Mensch vor die Aufgabe gestellt, in sehr viel stärkerem Maße zu gewichten und abzuwägen als noch vor wenigen Jahrzehnten. Damit gewinnt die Frage an Bedeutung, welche Werte uns leiten, welche Prinzipien wir haben.

Vernetzung, Austausch – das sind riesige Chancen, von denen Generationen vor uns geträumt haben. Wir können, glaube ich, unterm Strich sagen: Deutschland gehört ganz eindeutig zu den Globalisierungsgewinnern. Aber es wäre auch töricht, bei all dem, was wir an Gewinn haben, die Risiken, die Verwerfungen, die Herausforderungen zu verschweigen. „There is no free lunch in this world“ – so heißt es ja manchmal, und insofern bringt Veränderung immer auch das Beherrschen von Risiken mit sich. Außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Fragestellungen werden deshalb immer



wichtiger. Es gibt die klassische Unterteilung in Innen- und Außenpolitik nicht mehr. In der globalen Welt verwachsen die Aufgaben immer mehr, denn der Ordnungsrahmen kann nach dem Subsidiaritätsprinzip einmal vor Ort, einmal auf der nationalen Ebene, ein anderes Mal auf der europäischen Ebene oder sogar nur auf der globalen Ebene gefunden werden.

Wir haben es mit vielen Staaten zu tun, in denen Menschenrechte mit Füßen getreten werden. In denen das, was wir als die demokratischen Grundwerte bezeichnen, überhaupt gar nicht gelebt werden kann. In denen Gewalt statt Recht herrscht, Totalitarismus, Extremismus, Korruption. Das alles sind Dinge, die uns erhebliche Sorgen machen. Die Arbeit in solchen Ländern ist natürlich alles andere als einfach. Es muss der richtige Ton gefunden werden und es muss natürlich auch dafür gesorgt werden, dass wir auf der einen Seite für unsere Werte eintreten, auf der anderen Seite aber nicht hochmütig auftreten und alles nur nach unseren eigenen Maßstäben bewerten. Dennoch müssen Demokratie und Menschenrechte zentrale Elemente einer globalen Ordnungspolitik im Interesse der Menschen weltweit sein. Unsere Wertevorstellungen können nicht an unseren eigenen Grenzen enden.

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS LEITBILD EINER INTERNATIONALEN ORDNUNGSPOLITIK

Als Politiker müssen wir den Menschen deutlich machen und dafür werben, dass unsere Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft eine Ordnung ist, die nach Gerechtigkeit strebt. Das hat über Jahrzehnte in Deutschland gut funktioniert. Es gab eine Gewissheit: Wenn es dem Betrieb gut geht, dann geht es auch dem dort angestellten Arbeitnehmer gut. Diese Gewissheit gibt es in einer globalen Welt so nicht mehr, weil es einem Betrieb gut gehen kann – er kann irgendwo auf der Welt Gewinne machen – und trotzdem für den Arbeitnehmer weniger Sicherheit die objektive Realität ist.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Ordnung, die immer wieder aufs Neue erarbeitet werden muss. Seitdem ich gelesen habe, dass Ludwig Erhard das Wettbewerbsrecht erbittert gegen den BDI durchgesetzt hat, bin ich allerdings auch weitaus beruhigter über manchen Konflikt, den wir heute auszuhalten haben. Im Rückblick scheint ja immer alles harmlos gewesen zu sein, was tatsächlich aber nicht so war. Wenn wir zum Beispiel über die Mitbestimmung reden, dann hat die Diskussion darüber zu intensiven Erschütterungen bis weit in den Kern der CDU hineingereicht. Unser Ordnungsrahmen war also immer wieder Gegenstand von Debatten. Und es wäre eigentlich ganz unwahrscheinlich, um nicht zu sagen fast gespenstisch, wenn wir angesichts der rasanten technischen und materiellen Entwicklungen heute nicht auch debattieren und ringen würden um einen globalen Ordnungsrahmen, für eine Soziale Marktwirtschaft im internationalen Maßstab.

In jedem Fall verleiht die Globalisierung der europäischen Integration eine weitere Begründung zu ihrem Sinn und ihrer Notwendigkeit. Denn die Bündelung unserer Interessen mit Blick auf die internationale Ordnung ist heute geradezu überlebenswichtig für jeden europäischen Mitgliedsstaat, für Deutschland mit seinen 80 Millionen Einwohnern genauso wie für die kleineren Mitgliedsstaaten. Gemeinsame Interessen zu formulieren, das ist die einzige Grundlage, um anderen bestimmte Wertvorstellungen nahezubringen.

Wir müssen es uns immer wieder vor Augen halten: Am Anfang des 20. Jahrhunderts war jeder vierte Mensch auf der Welt ein Europäer und zusammen mit den Amerikanern haben wir fast die Hälfte der Weltbevölkerung ausgemacht; am Ende des 21. Jahrhunderts wird nur noch jeder 14. Mensch ein Europäer sein. Das bedeutet, dass wir am Ende unseres Jahrhunderts dreizehn andere auf der Welt von unseren Wertvorstellungen überzeugen müssen – um eine Mehrheit zu bekommen wenigstens sechs oder sieben. Das ist eine große Aufgabe. Und die dürfen wir nicht verzagt angehen. Wir müssen mit fröhlichem Herzen und Selbstbewusstsein in die Welt ziehen und für den Ordnungsrahmen eintreten, der für uns ein erfolgreiches gesellschaftliches Modell ist und den wir aus Überzeugung, aus unserem Glauben und aus unseren Wertvorstellungen heraus entwickelt haben.

ELEMENTE EINES KÜNFTIGEN INTERNATIONALEN ORDNUNGSRAHMENS

Welche Komponenten müssen nun aus unserer Sicht in einem künftigen globalen Ordnungsrahmen eine Rolle spielen? Wir müssen uns erstens zu einer Offenheit der Welt bekennen, zu einem Abbau von Barrieren im Austausch von Produkten und Waren. Deshalb sind die WTO-Verhandlungen von allergrößter Bedeutung. Wir brauchen, wenn wir uns zu einem freien Handel bekennen, auch innerhalb dieses freien Handelsrahmens bestimmte Minimal-kriterien. Wir brauchen zum Beispiel eine internationale Übereinkunft darüber, dass das geistige Eigentum geschützt werden muss. Wenn unser eigentlicher Rohstoff in Deutschland die Fähigkeit zur Kreativität und zur Innovation ist, dann ist der Schutz von geistigen Produkten eine Voraussetzung dafür, dass wir aus diesem Reichtum etwas machen können. Darüber muss gesprochen werden, dafür muss gekämpft werden. Das ist nicht ganz einfach, aber wir dürfen dies nicht außer Acht lassen, denn wenn unsere Patente nicht geachtet werden auf der Welt, dann haben wir keine Chance auf einen fairen Wettbewerb der Ideen.

Zweitens brauchen wir für die Art des Produzierens natürlich bestimmte Standards. Dazu gehören soziale Standards ebenso wie Umweltstandards. Wenn wir mit Ländern konkurrieren, in denen Kinderarbeit normal ist, in denen bestimmte soziale Mindeststandards überhaupt nicht gelten, dann können wir nicht wettbewerbsfähig sein unter den Bedingungen, die wir für die Soziale Marktwirtschaft für notwendig halten. Deshalb muss es hier wenigstens soziale Mindeststandards wie auch Umweltstandards geben. Freier Handel ohne jegliche Minimalstandards im Bereich des Umweltschutzes ist wettbewerbsverzerrend. So ist zum Beispiel die Belastung des Bodens durch intensiven monokulturellen Anbau keine besonders vernünftige Art, sich am Wettbewerb zu beteiligen.

Drittens: Soziale Marktwirtschaft bedeutet immer, dass den Unternehmen und den Tarifpartnern Verantwortung zukommt. Unser Land ist bewusst nicht so aufgebaut, dass es eine zentrale Macht gibt, die alles regelt und steuert. Vielmehr sind die Verantwortlichkeiten aufgeteilt. Wenn diese aber aufgeteilt sind, dann muss sie auch jeder wahrnehmen, der Verantwortung hat. Das heißt: Verantwortliches Handeln von Unternehmen ist eine elementare Voraussetzung dafür, dass Soziale Marktwirtschaft funktionieren kann. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums steht im Grundgesetz und hat mit der Globalisierung ihre Notwendigkeit und ihre Gültigkeit nicht verloren. Man darf sie heute als konstitutiven Bestandteil einer sozialen wirtschaftlichen Ordnung nicht vergessen. *Corporate Social Responsibility* heißt das im internationalen Rahmen. Dieses Konzept hat Kofi Annan, der frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen, 1999 angeregt. Es gibt viele Unternehmen in Deutschland, die Otto-Versand-Gruppe zum Beispiel, die sich diesem Standard sehr stark verpflichtet fühlen. Auch finde ich, dass der Preis für Soziale Marktwirtschaft, der jährlich von der Konrad-Adenauer-Stiftung verliehen wird, ein wunderbares Mittel ist, um Persönlichkeiten auszuzeichnen, die sich einer solchen Verantwortung widmen. Denn die negative Schlagzeile ist ja heute immer besonders groß, die positive muss hart erarbeitet werden, obwohl es sehr, sehr viele positive Beispiele in unserem Land gibt.



Viertens: Wir müssen in einen Dialog mit den Schwellenländern eintreten. Es ist nicht mehr so, dass die sogenannten G8 allein diejenigen sein können, die einen Beschluss fassen und damit vorgeben, was auf der Welt zu passieren hat. Deshalb haben wir während unserer Präsidentschaft zwischen der Gruppe der G8 und der sogenannten O5-Gruppe, also Brasilien, Mexiko, Südafrika, Indien und China, einen strukturierten Dialog entwickelt, den sogenannten Heiligendamm-Prozess. Dort wird permanent über die wesentlichen Fragen unserer Welt miteinander gesprochen mit dem Ziel, darüber Übereinstimmung zu erzielen. Dieser Prozess ist Ausdruck der Tatsache, dass die Schwellenländer einerseits von großer ökonomischer Bedeutung sind, andererseits aber mit ihrer wachsenden ökonomischen Bedeutung auch in Verantwortung hineinwachsen. Diese Verantwortung muss geteilt werden, und zwar sicherheitspolitisch, außenpolitisch, klimapolitisch, bei der Verwaltung der Rohstoffe und nicht zuletzt auch beim Schutz des geistigen Eigentums. Dies müssen wir akzeptieren in dem Sinne, dass es nicht darum geht, anderen Ratschläge zu geben, sondern einen fairen Interessenausgleich zu finden oder, wie wir es manchmal formulieren, *win-win*-Situationen für alle Beteiligten daraus zu machen. Dies sollte auf der Basis gemeinsamer Werte geschehen. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang in ganz besonderer Weise Afrika: Ein Kontinent mit immerhin einer Milliarde Menschen,

dessen Probleme nicht allein die dort lebende Bevölkerung bedrohen, wenn wir seine Entwicklung nicht im Auge behalten und fördern. Wir alle kennen die sogenannten *Millennium Development Goals*, also die Entwicklungsziele, die im Rahmen der Vereinten Nationen vereinbart wurden. Dabei handelt es sich um eine Verpflichtung auch der entwickelten Länder, an der Verwirklichung klarer Ziele mitzuwirken, zum Beispiel der Halbierung der Kindersterblichkeit, Grundschulbildung für möglichst alle, Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria, Tuberkulose. Doch wir sind bei der Umsetzung und bei der Verwirklichung dieser Ziele noch längst nicht da, wo wir sein müssten. Das erfordert zum einen Geld, aber es erfordert zum anderen auch Kenntnis der Situation in Afrika. Auch hier sind im Übrigen die Politischen Stiftungen wieder von größter Bedeutung. Die Frage, ob wir als Industrieländer, als entwickelte Länder, wie wir uns bezeichnen, glaubwürdig sind in den Augen derer, denen wir unsere Werte ja auch nahe bringen wollen – diese Frage ist noch nicht positiv entschieden. Hier haben wir ein erhebliches Stück Arbeit vor uns.

Mein fünfter Punkt ist der Klimaschutz, denn diese Herausforderung kann kein einziges Land, kein Kontinent alleine bewältigen. Fachleute machen deutlich, dass wir die Erderwärmung auf etwa zwei Grad Celsius begrenzen müssen, um eine Chance zu haben, den Klimawandel mit erträglichen Anpassungskosten in den Griff zu bekommen. Auch dann sind schon Anpassungskosten fällig, aber die wären einigermaßen zu verkraften. Ich weiß, es gibt viele Theorien und Fragen: Muss man überhaupt etwas machen? Hat es nicht immer schon Klimawandel gegeben? Ja, es hat immer Klimawandel gegeben. Ich war auf Grönland, da war es mal sieben Grad wärmer und mal sieben Grad kälter. Aber es gibt einen wichtigen Unterschied: Zwischen den beiden Perioden lagen 25.000 Jahre. Was damals in 25.000 Jahren geschah, das findet heute in 100 Jahren statt und noch dazu in einer Zeit mit einer noch nie da gewesenen Besiedlungsdichte. Fast jeder Küstenstreifen, fast jeder Flusslauf ist besiedelt, so dass die Folgen des Klimawandels erheblich größer wären, wenn wir nicht gegensteuerten. Deshalb kann man es nicht einfach darauf ankommen lassen. Der Klimawandel ist auch deshalb eine so spannende globale Aufgabe, weil er uns zwingt, ein gemeinsames internationales Abkommen mit gemeinsamen Verpflichtungen zu erzielen. Auch

wenn das heute schwierig erscheint oder visionär: Es wird keinen anderen vernünftigen Weg geben, als zum Schluss für jeden Menschen auf dieser Erde das gleiche Recht zu definieren, CO₂ zu emittieren. Im Übrigen: Selbst wenn man nicht an den Klimawandel glaubt, ist an einer solchen Vereinbarung nichts Falsches, denn die Begrenztheit der fossilen Rohstoffe ist so evident, dass sie einzusparen schon allein Ziel genug sein sollte.

Mein letzter Punkt ist die sicherheitspolitische Herausforderung. Wir leben in einer Welt nach dem Ende des Kalten Krieges, die sich doch komplizierter entwickelt hat, als wir das vielleicht in den Jahren 1990/1991 geglaubt, gehofft und gedacht haben. Sie kennen alle das Buch von Francis Fukuyama *„Das Ende der Geschichte“*. Dieser Titel schien mir damals schon ein wenig überzogen. Es hat sich dann ja auch herausgestellt: Es bleibt spannend, es bleibt aufregend und es bleibt auch herausfordernd. Der internationale Terrorismus ist eine völlig neue Herausforderung, weil diejenigen, die unsere Art zu leben, zerstören wollen, bereit sind, ihr eigenes Leben aufs Spiel zu setzen. Dieser Bedrohung zu begegnen, das bedeutet auch, sich für die Sicherheit Deutschlands oder Europas weit außerhalb unseres eigenen Kontinents einzusetzen. Das bedeutet auch, dass Innere und Äußere Sicherheit nicht mehr so wie früher zu trennen sind. Deshalb lohnt sich an dieser Stelle der Gedanke, dass es kein wahres Gemeinwohl auf dieser Welt geben wird, wenn wir nicht gemeinsam für unsere Sicherheit eintreten.

Meine Damen und Herren, wenn wir all diese Herausforderungen erkennen und annehmen wollen, dann wird sich unsere Art zu leben, auch unsere Art Politik zu betreiben, weiterentwickeln müssen. Aber umso mehr bedürfen wir eines festen Wertefundaments und geistiger Grundlagen. Diese Grundlagen verändern sich nicht, aber sie müssen angewandt werden auf völlig neue Umstände, die herausfordernd, aber auch mit außerordentlich großen Hoffnungen verbunden sind. Deshalb, so glaube ich, haben wir allen Grund, die Globalisierung auch als eine große Chance zu begreifen. Wenn wir, ob wir nun katholischen, evangelischen oder anderen Glaubens sind, die Fähigkeit des Menschen zu gestalten als unsere eigene Aufgabe in unserer Zeit ansehen, dann leben wir in einer spannenden Zeit, die uns wirklich nicht verdrießlich zu stimmen braucht.



MÄRKTE, GOOD GOVERNANCE UND GLOBALE GERECHTIGKEIT

Peter Sutherland



Peter Sutherland

Die Globalisierung hat inzwischen viele Bedeutungen erlangt, aber für die meisten Menschen ist sie ein wirtschaftliches Phänomen. Viele würden sogar die Globalisierung als ein unerbittliches Vordringen der Märkte in alle Bereiche der Welt und des Lebens definieren. Häufig wird dabei die Frage gestellt, ob dieser stetig wachsende Einfluss der wirtschaftlichen Motivation mit sozialer Gerechtigkeit vereinbar ist und ob *Good Governance* diese Vereinbarkeit sicherstellen kann.

Leider werden diese beiden Fragen häufig mit „nein“ bzw. „vielleicht“ beantwortet – ganz sicher hier in Deutschland. Es wird Sie nicht überraschen, dass ich beide Fragen mit „ja“ beantworten würde. Schließlich ist genau diese Vereinbarkeit charakteristisch für Ludwig Erhards Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Ich bin für die Gewinne, die der wachsende Handel für beide Seiten abwirft; für den Nutzen, den die Entwicklungsländer aus den Investitionen multinationaler Unternehmen ziehen; und für das Potenzial, das der Zugang zu integrierten Finanzmärkten bietet. Kurz, ich bin der Ansicht, dass die wirtschaftliche Globalisierung unter sachgemäßer Leitung die Lebensbedingungen der Menschen nicht nur verbessern kann, sondern tatsächlich verbessert. Als Beweis dafür möge die Tatsache gelten, dass in den letzten fünfzehn Jahren eine Milliarde Menschen – hauptsächlich in Asien – ihre frühere extreme Armut hinter sich gelassen hat.

Heute möchte ich mich der Frage zuwenden, warum so viele Menschen immer noch nicht an diese Vorteile glauben; schließlich ist das der Grund für unsere Diskussion. Ich möchte einige Überlegungen dazu anstellen, wie wir insbesondere auf die moralischen Herausforderungen der Globalisierung reagieren sollten. Wie können die Märkte zur Sicherstellung

der globalen Gerechtigkeit beitragen? Um die Pointe vorwegzunehmen: Nicht eine Ausweitung der Regulierung ist die Antwort, sondern die Qualität unserer Institutionen, die auf der Grundlage ethischer Prinzipien aufgebaut sein müssen. Dies gilt gleichermaßen für die Märkte und ihre Effizienz, denn auch Märkte sind Institutionen.

GLOBALISIERUNG – VERNETZTE ZUSAMMENHÄNGE UND ABHÄNGIGKEITEN

Wenn man manche Kritiken liest, könnte man denken, die Globalisierung habe dank Margaret Thatcher und Ronald Reagan im Jahr 1981 eingesetzt. In Wirklichkeit ist sie so alt wie die Geschichte selbst und tief in der menschlichen Psychologie verwurzelt. Es gibt klare Beweise dafür, dass wir uns entwickelt haben, um zu handeln. Wie Adam Smith so richtig sagt haben wir eine „Vorliebe dafür, Güter einzutauschen und mit ihnen zu handeln“. Im Lauf der Jahrhunderte führte diese Neigung zum Handel und zu einer Ausweitung der gesellschaftlichen Organisation von der Familie über die dörfliche Gemeinschaft bis hin zu Großstädten. Die wachsende gesellschaftliche Komplexität und die sich stetig steigernde Spezialisierung der Arbeit, die Adam Smith als Erster als Quelle wirtschaftlichen Wachstums erkannte, gingen Hand in Hand mit der Ausweitung und Vertiefung des grenzüberschreitenden Handels.

Durch die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien wurde diese Entwicklung viel weiter vorangetrieben, als es in der Vergangenheit möglich war, und ihnen haben wir auch das erstaunliche weltumspannende Wirtschaftsnetzwerk zu verdanken, auf das wir heute alle angewiesen sind. Zwar ist John Donnes Beobachtung „kein Mensch ist eine Insel, jeder ist ein Stück des Kontinents, ein Teil des Ganzen“ wesentlich poetischer, aber das gewöhnliche Hemd steht heute beispielhaft für das Ausmaß der Globalisierung. Die Rohbaumwolle,

das Gewebe, die Knöpfe, der Nähfaden, die Verarbeitung, die Verpackung, der Versand, die Werbung und der Verkauf – all das hat seinen Ursprung in verschiedenen Ländern. Das bedeutet, dass das Hemd, das Sie am Leibe tragen, Sie mit einer ganzen Schar anderer Menschen in vielen Ländern verbindet. All dies wird von den Märkten koordiniert.

In unserer heutigen globalisierten Wirtschaft hängen wir voneinander weit mehr ab als je zuvor. Fast alle Produkte und Dienstleistungen, die wir kaufen, stehen zu einem gesellschaftlichen Wunder in Beziehung, nämlich der absoluten Zuverlässigkeit wildfremder Menschen überall auf der Welt. Ein Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Toulouse hat dieses alltägliche Phänomen der globalisierten Produktion einmal als das „große Experiment“ der Menschheit bezeichnet.

Gewachsen ist dieses Experiment über Jahrtausende. Neu daran sind der Umfang und die Komplexität der heute bestehenden Verbindungen. Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang das Internet, das ganz sicher für die Aufteilung der einzelnen Glieder der Lieferketten im Dienstleistungs- und Verarbeitungsbereich und für ihre Verlagerung in alle Weltgegenden verantwortlich ist. Über all dem dürfen wir aber den außerordentlichen Einfluss anderer neuer Technologien nicht vergessen. So hat sich zum Beispiel das Satellitenfernsehen in den ärmeren Ländern seit Anfang der 1990er Jahre rasch ausgebreitet. Wie wirken wohl westliche Sendungen auf einen Tagelöhner in Westafrika, der sie auf dem Fernseher in seinem Stammlokal sehen kann? Für mich lag die ganze Antwort darauf in dem Foto eines Mannes, der ein paar abgenutzte Schuhe gebraucht auf dem Markt in seinem Heimatort gekauft und sie danach selbst mit dem *Nike*-Emblem verziert hatte. Heutzutage hat jeder Einblick in das Leben der Anderen; Bilder, die früher unvorstellbar gewesen wären, aber heute alltäglich sind. Auch das Handy, das heute selbst in sehr armen Gemeinschaften allgegenwärtig ist, ermöglicht jedem einen persönlichen Zugang zu einer Masse von Informationen über das Leben andernorts.

DIE BEDEUTUNG DER INTERNATIONALEN VERBINDUNGEN FÜR DIE GLOBALE GERECHTIGKEIT

Durch diese alltäglichen Verbindungen werden viele Emotionen angefacht – Hoffnungen, Ansprüche, Neid, Zorn, Mitleid. Damit stellt sich eine äußerst schwierige Frage: Wo liegen heute die wesentlichen Grenzen? Wenn wir vom Gemeinwohl sprechen, wem soll es Nutzen bringen? Wenn Sie verstehen wollen, warum diese Frage so schwierig ist, denken Sie an den Aspekt der Globalisierung, der für viele Kritiker besonders ungerecht ist – die Ungleichheit. Oft ist zu hören, die Ungleichheit heute sei so groß wie nie zuvor. Schließlich besteht zwischen dem Einkommen eines Bill Gates und dem eines Bangladescher oder Tansaniers mit weniger als einem US-Dollar am Tag eine noch nie dagewesene Kluft. Dasselbe gilt für die Kluft zwischen dem Durchschnittseinkommen eines Amerikaners und eines Einwohners von Simbabwe oder der Demokratischen Republik Kongo. Sogar die Ungleichheit innerhalb der Vereinigten Staaten selbst ist im Wachsen begriffen. Vergleiche dieser Art beziehen sich jedoch auf die Erfahrung einiger weniger an den Extrempunkten der Einkommensverteilung, nicht aber auf die Übrigen. Wenn wir jedoch den zahlreichen Angehörigen der Mittelklasse in Indien und China, die etwa in der Mitte der Einkommensleiter stehen, ein gleiches Gewicht zumessen, dann ändert sich das Bild schlagartig: Die Ungleichheit in der Welt hat stärker nachgelassen als je zuvor seit Beginn der entsprechenden Aufzeichnungen.

Wenn wir noch tiefer in die Zahlen einsteigen wird alles noch komplizierter. Mehr als ein Drittel der Brasilianer verfügt über ein höheres Einkommen als fünf Prozent der Franzosen. Nach Ansicht mancher bedeutet dies mit zehnpromzentiger Wahrscheinlichkeit, dass mit der von Frankreich an Brasilien geleisteten Entwicklungshilfe das Einkommen armer Menschen an reiche Menschen umverteilt wird. Wahrscheinlich würden mir die meisten Recht geben, wenn ich sage, dass globale Gerechtigkeit nach weniger, ganz sicher nicht nach mehr Ungleichheit verlangt. Nach welchem der drei verschiedenen Verfahren, mit denen ich die Zahlen auseinander genommen habe, sollen wir nun die Ungleichheit bewerten? Auf der Ebene von Ländern oder Einzelpersonen? Wie wägt man das Wohler-



gehen armer Bauern in Tansania, von Fabrikarbeitern mit mittlerem Einkommen in China, von reichen Brasilianern und jungen Arbeitslosen in einer französischen Vorstadt gegeneinander ab? Die Entwicklungstrends bei der Ungleichheit der Einkommen sind nur ein Beispiel dafür, dass die Globalisierung Vor- und Nachteile für verschiedene Gruppen mit sich bringt, deren Interessen vermutlich miteinander kollidieren. Zudem können diese Vor- und Nachteile ganz einfach unangemessen sein.

Was sind die Vorteile? Durch Handel und Wachstum wurde in vielen Ländern, selbst in Teilen von Afrika südlich der Sahara, die Armut dramatisch gemildert.

In den zwei Jahrzehnten nach 1981 sank der Anteil der Weltbevölkerung ohne jedes Bareinkommen von 40 auf 21 Prozent. Damit verringerte sich die Anzahl der in absoluter Armut lebenden Menschen von knapp 1,5 auf 1,1 Milliarden.

Ein kaum beachteter Vorteil der Globalisierung besteht darin, dass sie den Wettbewerb, und damit Effizienz und Innovation, fördert. Ein beredtes Zeugnis hierfür sind die außerordentlichen Auswirkungen der Globalisierung auf China, Brasilien und Indien sowie die Entwicklung weg von der Planwirtschaft hin zu wettbewerbsorientierten, offenen Märkten. Noch 1980 war der Lebensstandard in China kaum höher als tausend Jahre zuvor. Seitdem hat er sich alle paar Jahre verdoppelt. Dabei betrachten wir hier nur die Einkommenssteigerung in Ländern, die sich dem wettbewerbs-

orientierten Markt zugewendet haben. Andere, grundlegendere Kennwerte für das Wohlergehen haben sich noch weiter verbessert; dazu gehören zum Beispiel Gesundheit, Lebenserwartung (zumindest in Gebieten ohne eine HIV/Aids-Epidemie) und das Bildungsniveau. Es ist tragisch, dass die Millenniumsentwicklungsziele wohl nicht alle erreicht werden können, aber bei zahlreichen Kennwerten für die menschliche Entwicklung wurden dennoch messbare Fortschritte erreicht.

WARUM DIE HEFTIGE REAKTION GEGEN DIE GLOBALISIERUNG?

Die Kosten der Globalisierung sind oft schwer zu quantifizieren und vielleicht ist ihre Wirkung deswegen so alarmierend. Reisen in andere Länder erleichtern die Verbreitung von Epidemien. Terroristen und Kriminelle können die globalen Kommunikationsnetzwerke dazu nutzen, ihre Schreckstaten noch effizienter zu organisieren. Aufgrund der wachsenden Wirtschaftstätigkeit wird die Emission von CO₂ zu einem immer dringenderen weltweiten Problem, insbesondere in Brasilien, Russland, Indien und China, die von Wirtschaftswissenschaftlern bei Goldman Sachs als BRIC-Länder bezeichnet werden.

Die Tatsache, dass sich Menschen überall und in allen Lebenslagen in ihrer Kultur und ihrer Lebensweise bedroht fühlen ist unter den Nachteilen der Globalisierung vielleicht am schwersten zu fassen. Die Vertreter dessen, was als Äquivalent der heutigen Anti-Globalisierungsbewegung in den Anfangsjahren der Industrialisierung angesehen werden könnte, empfanden eine ähnliche Furcht. William Blakes Beschreibungen von düster-satanischen Fabriken könnten heute in linksgerichteten Zeitungen erscheinen und er wäre mit Sicherheit ein prominenter Blogger. Der einflussreiche Kritiker John Ruskin hielt das Bekenntnis des 19. Jahrhunderts zur politischen Ökonomie für einen Massenwahn und verdammt die Auswirkungen marktwirtschaftlicher Transaktionen auf traditionelle soziale Beziehungen. Dass durch gewinnorientierte Geschäfte eine gerechte Gesellschaft entstehen könnte hielt er einfach für unglaublich. Er war ohne Zweifel die Naomi Klein seiner Zeit.

Diese ablehnende Haltung gegenüber einer wirtschaftlich bestimmten Lebensführung, bei der die Märkte als Organisationsprinzip der Gesellschaft fungieren, findet auch heute noch bei vielen Menschen Anklang. Dies gilt insbesondere für Deutschland und Frankreich, wo bei Meinungsumfragen eine überraschend geringe Unterstützung für die unternehmerische Freiheit zu Tage tritt (bei einer Umfrage 2005 sprachen sich 36 Prozent der Franzosen für die Marktwirtschaft aus; im Jahr 2007 sagten 47 Prozent der Deutschen, sie unterstützten sozialistische Ideen). Dabei darf man die Freiheit des Unternehmertums weder mit Habgier noch mit einer Abkehr von der Solidarität gleichsetzen. Auch ist es unvermeidlich, dass in Zeiten tief greifender Umwälzungen die Furcht vor einer Schwächung der eigenen kulturellen und historischen Traditionen wächst. Offensichtlich herrscht die Ansicht vor, dass die Märkte, die Träger des Wandels, die Gesellschaft irgendwie „durcheinander bringen“. Dies bedingt die heftige Reaktion gegen die Globalisierung und daher gewinnt auch der gefährliche Unsinn über einen „Kampf der Kulturen“ weiter an Einfluss.

Wäre ich ein Pessimist, dann könnte ich sogar zu dem Schluss gelangen, dass das „große Experiment“ einer globalen Marktwirtschaft fast zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer kränkelt. Hier und da wird anscheinend eifrig daran gearbeitet, den Kalten Krieg wiederzubeleben. Man reißt sich um die Ressourcen in Afrika und es findet Handel statt, wie er früher mit Waffengewalt erzwungen wurde. In anderen Bereichen lebt der wirtschaftliche und politische Nationalismus wieder auf. Die Doha-Runde erstickt immer mehr unter einem Wirrwarr aus bilateralen Abmachungen und wachsendem Protektionismus in der Handels- und Investitionspolitik. Engstirnige nationale Interessen drohen die Energiemärkte aus dem Gleichgewicht zu bringen obwohl in Wirklichkeit nur funktionierende Märkte in der Lage sind, die Versorgung langfristig zu garantieren.

Nationalistische Züge trägt auch die politische Reaktion auf die wachsende Präsenz staatlicher Fonds und dasselbe gilt sogar für grenzüberschreitende Übernahmen, obwohl sich die Erfolgsgeschichte der wirtschaftlichen Integration innerhalb der EU gerade darauf zum großen Teil gründet. Eine weitere, nicht ganz so unverhohlene nationalistische Form der Reaktion besteht in der wachsenden Regulierung



der Märkte. Angesichts der Betrugsfälle bei Enron oder Parmalat kann man das vielleicht verstehen. Desgleichen wurden nach der Kreditkrise pointierte Fragen zur Beaufsichtigung der Kreditmärkte gestellt. Unzweifelhaft würden die Rufe nach einer strengeren Regulierung durch einen Börsenkrach und eine Rezession nach mehr als einem Jahrzehnt globalen Wachstums nur an Gewicht gewinnen; Finanzkrisen haben immer eine derartige Wirkung. Aber der Impuls, auch in anderen Bereichen der Geschäftstätigkeit, von der Kapitalinvestition bis zur Etikettierung von Produkten, strengere Regeln einzuführen, hindert die Unternehmen auf lange Sicht daran, Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen. Gute Regeln sind wesentlich, aber aus reinem Aktionismus neue Regeln zu schaffen, schadet mehr, als dass es nützt.

ZUR VERTEIDIGUNG DER GLOBALEN MÄRKTE

Also schwingt das politische Pendel unglücklicherweise nicht mehr in Richtung Liberalisierung der Märkte, einst eine der treibenden Kräfte der Globalisierung. Die grundlegenden Trends werden nicht einfach verschwinden: Die Informations- und Kommunikationstechnologien bleiben uns erhalten, die kommunistischen Regimes sind unter ihrem wirtschaftlichen und moralischen Versagen zusammengebrochen, und wir stehen einem dramatischen demographischen und sozialen Wandel gegenüber. Wie bereits zuvor angedeutet, konfrontiert uns die



Globalisierung tatsächlich mit einigen schwierigen philosophischen und politischen Herausforderungen. Aber die Märkte sind Teil der Lösung, nicht Teil des Problems. Sie sind sogar wesentlich für eine gerechte Gesellschaft. Sie sind selbst wichtige Institutionen der Freiheit und nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Gesellschaften fand sich in den Trümmern die Erkenntnis, dass zwischen den verschiedenen Formen der Freiheit eine Art Verbindung besteht. Außerdem sind die Märkte entscheidend für die Schaffung von Wohlstand, der wiederum der Freiheit Sinn verleiht. Im globalen Zusammenhang bedeutet dies, dass der Handel seine grundlegende Bedeutung für das Wachstum und die Bekämpfung der Armut auch weiterhin behalten wird.

In den Jahren meiner Tätigkeit als Verteidiger der Handelsliberalisierung habe ich die Erkenntnis gewonnen, dass es erforderlich ist, immer und immer wieder darzulegen, dass beide Seiten aus dem Handel Nutzen ziehen. Der so genannte gesunde Menschenverstand besteht beharrlich darauf, dass Exporte gut und Importe schlecht sind und dass die Handelsbilanz vorzugsweise einen Überschuss aufweisen sollte. Seit David Hume haben Wirtschaftswissenschaftler immer wieder darauf hingewiesen, wie unlogisch die weit verbreitete Vorstellung ist, dass die Stärke einer Nation von einem dauerhaften Handelsbilanzüberschuss abhängt. Die Argumente für eine Liberalisierung des Handels sind so zwingend, dass diese Forderung die Einzige ist, der sich eine überwältigende Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler anschließt. Außerdem wissen wir aus der Erfah-

ung vieler Jahrzehnte, dass das Wachstum des Handels mit dem Wachstum der Wirtschaft Hand in Hand geht. Dennoch war und ist die Liberalisierung des Handels, trotz aller Logik und trotz aller Erfahrung, immer noch schwer an den Mann zu bringen. Aber das ändert nichts an der Wirklichkeit. Und jeder, der auf globale Gerechtigkeit bedacht ist, sollte auch darauf bedacht sein, unsere multilateralen Handelsregeln zu erhalten, die für alle Länder gelten – seien sie klein oder groß.

Für die Bekämpfung der Armut ist der so genannte faire Handel von untergeordneter Bedeutung. Wenn jemand ein Pfund fair gehandelten Kaffee kauft, fühlt er sich moralisch überlegen, aber was die armen Länder brauchen ist mehr Handel – Punkt. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist keineswegs eine perfekte Organisation und ich habe selbst an den jüngsten Diskussionen über Reformen teilgenommen, die sie übersichtlicher und effizienter gestalten sollen. Dennoch ist die WTO fairer und effektiver als jeder andere Rahmen für den globalen Handel in unserer Geschichte. Der Mangel an politischer Unterstützung für die WTO beunruhigt mich, denn wenn wir zulassen, dass sie geschwächt wird, geschieht das auf eigene Gefahr. Der Protektionismus könnte an Durchschlagskraft gewinnen. Regierungen haben auch schon früher den Handel eingeschränkt und die Zölle erhöht. Jedoch konnten Ronald Rindlay und Kevin O'Rourke in ihrem maßgeblichen neuen Geschichtswerk nachweisen, dass die Instrumentalisierung des Handels für politische Zwecke oft zu katastrophalen Ergebnissen geführt hat. Die letzte große Globalisierungswelle vor einem Jahrhundert wurde aus politischen Motiven gebremst. Das Schreckliche, das dann folgte, ist uns allen vertraut. Der wirtschaftliche Kahlschlag der dreißiger Jahre und alles, was nach dem verhängnisvollen Kollaps des internationalen Güteraustauschs folgte, sollte uns allen als Warnung vor den Folgen dienen, die ein Rückzug von einer liberalen Handelspolitik haben kann.

Ich frage mich, ob die Wähler des 21. Jahrhunderts etwas Derartiges wirklich zulassen würden, trotz aller Publikumswirksamkeit protektionistischer Maßnahmen. Es kann sein, dass es mittlerweile fast unmöglich geworden ist, das Netz der globalen Produktion zu entwirren. In vielen Bereichen der Fertigung ist die Entwicklung der internationalen Spezialisierung so weit fortgeschritten, dass man

sich eine Umkehr nur schwer vorstellen kann. Die Kenntnisse, das Management-Know-how und die speziellen Anlagen, die für jedes kleine Glied in der Lieferkette für Güter und Dienstleistungen erforderlich sind, sind an bestimmte Standorte gebunden. Ganz sicher wäre so etwas nicht wünschenswert. Für das weiter oben als Beispiel zitierte Hemd würde dies bedeuten, dass eine Beschränkung der Einfuhren aus China lediglich zu einer Verlagerung der Fertigung und der Logistik auf in chinesischem Besitz befindliche Fabriken anderswo in Asien oder Afrika führen würde. Dadurch würde wiederum die Produktion selbst weniger wirtschaftlich und gewinnträchtig. Der Verbraucher in Europa würde höhere Preise zahlen müssen. In Europa gibt es nur noch wenige Textilhersteller, die die Lücke schließen könnten. Unsere Industrien sind jetzt in Bereichen mit viel höherer Wertschöpfung angesiedelt, wie zum Beispiel Design, die Herstellung von Sondergeweben und Marketing. Niemand würde profitieren.

Auch dürfen wir nicht vergessen, dass sich ein gewaltiger Anteil der grenzüberschreitenden Handels- und Investitionstätigkeit, die für die Globalisierung charakteristisch ist, innerhalb Europas abspielt. Im letzten Jahr zum Beispiel gingen zwei Fünftel aller zufließenden und fast drei Viertel aller abfließenden Auslandsdirektinvestitionen (ADI) auf das Konto der EU. In der Vergangenheit lagen diese Werte sogar noch höher. Im Hinblick auf die Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen den Volkswirtschaften war und ist die Globalisierung in höchstem Maße bedeutsam für die europäische Integration.

Selbstverständlich hat sich auch der Anteil der Entwicklungsländer an den ADI wesentlich erhöht: Ein Drittel des letztjährigen Gesamtvolumens von 1,5 Billionen Dollar ging an Länder außerhalb der OECD. Die Investitionen europäischer Firmen in Entwicklungsländern wecken unter den Menschen hier die Angst, ihr Arbeitsplatz könnte verloren gehen oder ausgelagert werden. Andererseits kann man, von der Logik einmal abgesehen, auch aus ethischen Gründen nur schwer behaupten, grenzüberschreitende Investitionen seien gut, wenn es um uns in der EU geht, aber schlecht, wenn ärmere Länder daran beteiligt sind. Ich würde darüber hinaus sogar sagen, dass gerade wir in Europa aufgrund unserer demographischen Situation darauf

angewiesen sind, dass sich derartige Investitionen noch viel weiter entwickeln. Menschen, die nicht arbeiten, müssen immer von anderen unterstützt werden, die eine Erwerbstätigkeit ausüben. Vielleicht ist es uns in der EU trotz aller Rück- und Fehlschläge bei den bisherigen Strukturreformen möglich, unsere Produktivität in einem großen Sprung so weit zu steigern, dass die jungen Europäer die wachsende Zahl der Rentner unterstützen können. Weit wahrscheinlicher ist aber, dass wir auch auf das Wachstum der Produktivität anderswo auf der Welt angewiesen sein werden. Das Wachstum des Handels und der Auslandsinvestitionen ist von seinen Auswirkungen her mit einer neuen Technologie zu vergleichen: Dadurch nämlich erhalten wir eine größere Auswahl zu niedrigeren Preisen und ohne zusätzliche eigene Anstrengung.

DER FREIE MARKT ALS INSTITUTION

Welche Aussichten hat uns die Globalisierung zu bieten? Der Mensch hat sich im Lauf von mehr als zehntausend Jahren an die wachsende Abhängigkeit von Fremden gewöhnt, die weit entfernt leben. In dieser Zeit wuchs der Nutzen der Institutionen, die es uns ermöglichen, friedlich Handel zu treiben. Unter diesen Institutionen stehen die Märkte mit an erster Stelle. Man darf ruhig betonen, dass Märkte Institutionen sind. Der „freie Markt“ ist genauso eine intellektuelle Abstraktion wie der angebliche Gegensatz zwischen dem Staat und den Märkten. In Wirklichkeit besteht jeder Markt aus einem Netz gesellschaftlicher Verbindungen mit Rahmenbedingungen, die von grundlegenden Gesetzen bis zu Einzelvorschriften reichen und von den Regierungen festgelegt werden. Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ gibt dies sehr genau wieder.

Institutionen sind, zusammen mit ihren Regeln und der Art, in der sie geführt werden, von zentraler Bedeutung für jede Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Die Frage ist, ob wir überhaupt die Institutionen schaffen können, die wir brauchen. Die Antwort hängt wiederum von drei Fragen ab. Erstens: Gibt es einen allgemeingültigen globalen Wertekodex, auf den sich globale Institutionen stützen können? Zweitens: Sind wir uns darüber einig, welche Ergebnisse diesen Werten entsprechen? Und drittens: Sind wir in der Lage, die Details praktischer Reformen auszuarbeiten, mit deren Hilfe wir diese Ergebnisse erreichen



können? Zur ersten Frage: Ich bin überzeugt, dass bestimmte Grundwerte heute von sehr vielen Menschen geteilt werden, die verschiedenen Kulturen und Religionen angehören. Man kann mit einiger Berechtigung behaupten, dass viele dieser Werte dem Christentum entstammen und durch das Christentum verbreitet wurden. Dazu gehören der Wert des menschlichen Lebens, das Konzept der Gleichheit und die Bedeutung von Fairness und Solidarität. Dass diese Werte in verschiedenen Kulturen verschieden ausgelegt und gewichtet werden, liegt auf der Hand. Trotzdem sind diese Grundwerte in wichtigen völkerrechtlichen Verträgen festgeschrieben, denen immer mehr Staaten beitreten. Eine fundamentale Ethik Rawlsscher Prägung durchdringt das gesamte Völkerrecht. Selbstverständlich werden diese Grundwerte nicht immer geachtet, aber andererseits dürfen wir auch ihre symbolische Bedeutung nicht herunterspielen. Meiner Ansicht nach sind heute Ideale wie Fairness und Freiheit so allgemein bekannt, dass sich das geistige Klima nicht mehr an einem moralischen Relativismus, sondern an der Betonung von Grundwerten orientiert. Paradoxiertweise wurde diese Entwicklung durch die Angriffe der Extremisten auf unsere Ideale nur beschleunigt.

Nicht so leicht fällt die Antwort auf die Frage, ob wir uns darüber einig sind, wie wir die Ergebnisse der Globalisierung zu bewerten haben. Einerseits führt die Allgegenwart moderner Kommunikationstechnologien zu einem wachen Gespür für

die Perspektiven und Interessen Anderer. Es fällt schwer, sich Beispiele aus früheren Zeiten ins Gedächtnis zu rufen, bei denen ein starkes Gefühl für internationale Solidarität zehntausende Demonstranten auf die Straßen unserer Städte trieb mit der Forderung, die Regierung solle etwas gegen die globale Armut oder den Klimawandel unternehmen. Andererseits haben wir – wie auch schon meine Frage zur Gewichtung des Individuums in der weltweiten Einkommensverteilung gezeigt hat – damit noch nicht entschieden, wessen Wohlergehen uns am Herzen liegen sollte. Ohne eine Antwort auf diese Fragen können wir keine Institutionen zur Sicherung der globalen Gerechtigkeit gestalten. All diese Fragen zur Umsetzung unserer gemeinsamen Wertbegriffe sind schwierig.

Als weiteres Beispiel möchte ich ein ethisches Dilemma anführen, mit dem sich ein multinationales Unternehmen im Alltag konfrontiert sieht: In Entwicklungsländern können wir die günstigen Auswirkungen unserer Investitionen auf die dortige Wirtschaft dadurch maximieren, dass wir ortsansässige Zulieferer in Anspruch nehmen. Dadurch werden neue Arbeitsplätze geschaffen, die Steuereinnahmen für staatliche Dienstleistungen steigen, und der Wissenstransfer wirkt länger nach. Andererseits kann es sein, dass die Umweltschutz- und Arbeitsbedingungen vor Ort unseren Erwartungen nicht entsprechen. Manchmal ist offensichtlich, dass der Standard unakzeptabel niedrig liegt. Oft jedoch finden wir uns in einer Grauzone wieder, in der wir uns entscheiden müssen, welches von zwei Werturteilen wir umsetzen sollen. Welche der beiden Seiten des Dilemmas dient der sozialen Gerechtigkeit am meisten? Dieses Beispiel trifft den Kern der Frage, die die Reaktion gegen die Globalisierung aufwirft: Können wir darauf vertrauen, dass uns die Märkte und das Gewinnstreben eine gerechte Welt beschere, wie wir sie alle wünschen? Meiner Meinung nach zeigt dieses Beispiel auch, dass die Antwort von der Qualität der Institutionen abhängt, die sich mit einem derartigen Dilemma befassen.

Damit kommen wir zu meiner dritten Frage nach praktischen Reformen. Zweifelsohne bleibt noch viel zu tun, um die Markt- und Regierungsinstitutionen zu reformieren und weiterzuentwickeln, die unsere moralischen und politischen Werturteile im Einzelnen umsetzen. Die Tagesordnung hierfür

könnte von enormer Länge sein. Ich habe bereits die WTO erwähnt und angemerkt, dass sie gesichert und effektiver gestaltet werden muss. Auch die Reformpläne für andere internationale Institutionen sind umfangreich. Die jüngste Frage zur Regulierung der Finanzmärkte habe ich ebenfalls bereits angesprochen. Die Kreditkrise hat gezeigt, dass es in wichtigen Märkten keine ausreichenden Informationen über Kreditrisiken gibt. Wir durchleben gerade die dritte schwere Finanzkrise in weniger als einem Jahrzehnt. Ich kann mir vorstellen, dass die Aufsichtsbehörden angesichts der ständigen Innovationen auf den globalen Finanzmärkten einiges zu tun haben werden, um echte Transparenz herzustellen.

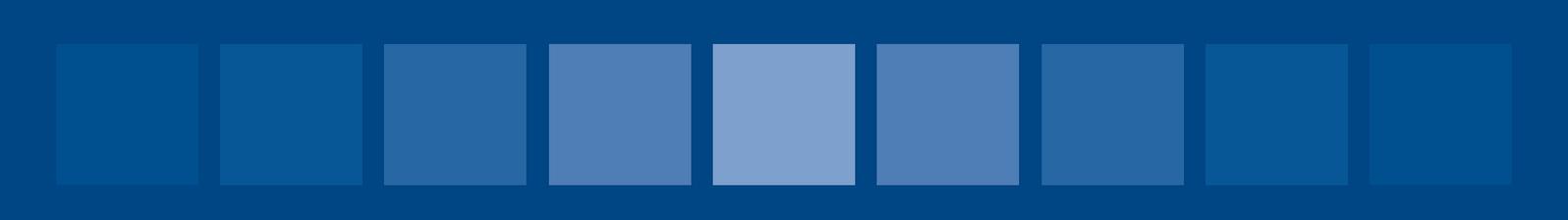
Auch in der Führung der globalen Märkte gibt es viele Aspekte, die genau geprüft werden müssen. Besonders die Aktivitäten und Entscheidungen der großen Unternehmen werden genau beobachtet. Dagegen habe ich nichts, aber ich möchte darauf dringen, dass die übrige Marktwirtschaft in gleichem Maße unter die Lupe genommen wird: Wettbewerbspolitik, Vertragsrecht, Offenlegungsvorschriften für den Börsenhandel, Steuerbefreiungen usw. Wenn ein Markt scheinbar nicht richtig funktioniert liegt der Grund dafür wahrscheinlich darin, dass der Wettbewerb zu schwach ist oder dass die Entscheidungen der Unternehmer und der Verbraucher durch kontraproduktive Vorschriften verzerrt werden. Ich bin mir bewusst, dass der Ruf nach einer Neuordnung des Innenlebens der globalen Märkte kaum geeignet ist, diejenigen zu mobilisieren, denen die soziale Gerechtigkeit am Herzen liegt. Andererseits sollten wir aus unseren eigenen Erfahrungen mit dem Aufbau des europäischen Marktes wissen, dass die Beschäftigung mit diesen „langweiligen“ Details große Gewinne für das Wohlergehen der Bürger verspricht. Auch hier in Deutschland stehen viele dieser Sache ablehnend gegenüber. Ich betone nochmals, dass ich nicht nach strengeren Vorschriften rufe. Wir sollten vielmehr sicherstellen, dass die Rahmenregelungen der Marktwirtschaft Unternehmen wie Verbrauchern einen Anreiz bieten, sich so zu verhalten, dass die gewünschten Ergebnisse erreicht werden. Wir sollten uns immer fragen, welche Ziele der Regulierung zu Grunde liegen und was diesen Zielen – Verbraucherschutz, finanzielle Stabilität – am dienlichsten ist. Der Erlass neuer, zusätzlicher Vorschriften stellt



kaum je die bestmögliche Lösung dar. Meine größte Hoffnung ist also, dass ein zukünftiges Programm zur Reform unserer Institutionen und unserer Politik sich auf etwas gründet, was der Philosoph des Pragmatismus, William James, als „die größtmögliche Nähe zu den Fakten“ bezeichnet hat. Der Weg zur globalen Gerechtigkeit ist gepflastert mit Detailarbeit und einem Gespür für Realismus.

CHANCEN DER GLOBALISIERUNG ERGREIFEN

Wir befinden uns in einer Zeit des Übergangs zwischen zwei Welten. Wir sind dabei, die Ära der Nationalstaaten hinter uns zu lassen. Der Himmel weiß, wie dunkel diese Ära manchmal war. Für die Solidarität, die eine gemeinsame Identität stiftet, wurde oft ein schrecklicher Preis auf Kosten anderer gezahlt. In mancher Hinsicht jedoch bot die Welt des Nationalismus stabilere Sicherheiten. Im wirtschaftlichen Bereich bedeutete dies Wohlstand gepaart mit relativer Sicherheit. Dank gefestigter Grenzen und niedriger Einwanderungszahlen konnte man sich einen Wohlfahrtsstaat leisten. Wir treten nunmehr in eine unsichere Zukunft ein, in der die Weltwirtschaft durch ein immer dichter werdendes Kommunikations- und Informationsnetzwerk verbunden ist, wobei wir aber nur eine verschwommene Vorstellung davon haben, wie diese Welt regiert werden soll. Der Verfassungshistoriker Philip Bobbit beschreibt sie als das Zeitalter der Marktstaaten, obwohl es von der Intensität der Entwick-



lung und der politischen Antwort darauf abhängt, ob diese Welt tatsächlich die Gestalt annimmt, die ihm vorschwebt.

Vermutlich herrscht die größte Unsicherheit immer dann, wenn sich zwei Zeitalter überlappen. Viele Menschen profitieren von größerer Freiheit und Abwechslungsreichtum der modernen Welt, bewegen sich aber gleichzeitig in einer Reihe von Identitäten, die sich überschneiden. Es ist nur allzu offensichtlich, dass viele junge Menschen, die in den Städten Europas heranwachsen, mit der psychologischen Belastung zu kämpfen haben, die ein Leben in zwei oder drei teilweise deckungsgleichen moralischen Universen mit sich bringt; in denen zu Hause, in der Schule und auf der Straße verschiedene Wertbegriffe gelten. Außerdem zeigen uns die neuen Technologien, die die Globalisierung vorantreiben, soviel mehr von den Problemen und Unsicherheiten der ganzen Welt. Die Ängste, die sich mit der Globalisierung verbinden, sind verständlich; andererseits sind die Vorteile bislang einzigartig. Die wirtschaftlichen Aussichten für 2008 sind nicht günstig, aber bis zum letzten Sommer durchlief die Weltwirtschaft die längste ununterbrochene Wachstumsperiode seit Anfang der 1970er Jahre. Hunderte Millionen Menschen in China und Indien entkamen der absoluten Armut.

Einer der Vorteile der Globalisierung besteht darin, dass sie den Wettbewerb steigert und damit Effizienz und Innovationen fördert. Ein beredtes Zeugnis für diesen Vorteil ist die außerordentliche Wirkung, die der Übergang von einer Planwirtschaft zu wettbewerbsorientierten Märkten, die für Handel und Investitionen offen stehen wie z.B. in Indien oder Brasilien, hatte. Außerdem geht es nicht nur um wirtschaftliche Gewinne: Nach einer Zählung hat sich die Zahl der Demokratien in den letzten Jahrzehnten verfünffacht. Ich bin überzeugt, dass die Freiheit auf der ganzen Welt greifbare Fortschritte gemacht hat. Aber das ist Vergangenheit. Jetzt müssen wir in zukünftige Dividenden investieren. Es ist an uns, den politischen, wirtschaftlichen und

gesellschaftlichen Führern Europas, zu beweisen, dass wir, jeder in seinem Bereich, in der Lage sind, die Globalisierung nach Maßgabe unserer eigenen Grundwerte zu steuern. Bislang hat Europa die Globalisierung im Wesentlichen gestaltet und wir sind dafür verantwortlich, dass sich diese gute Führung auch in Zukunft fortsetzt. Dabei können wir uns von dem Erfolg der europäischen Institutionen zumindest ein wenig inspirieren lassen. Sie sind alles andere als perfekt und im letzten Jahr hat sich herausgestellt, dass sich die Führung der EU enormen Herausforderungen gegenüber sieht.

Aber wer hätte heute vor zwanzig Jahren schon sicher sein können, dass wir überhaupt soweit kommen? Der 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer kommt immer näher; wir sollten stolz auf das Erreichte sein und uns davon zum Aufbau effizienter Institutionen für die globalisierte Welt der Zukunft inspirieren lassen. Die Wirtschaft wird häufig als Begründung für die Globalisierung zitiert, genauso wie die EU früher vielen als Mittel zur Lösung von Grundversorgungsproblemen galt; schließlich lag ihr Ursprung im Praktischen und sie wurde seinerzeit einfach als der Gemeinsame Markt bezeichnet. Meiner Meinung nach ist diese Betonung rein praktischer Kosten und Nutzen in gewissem Sinne kontraproduktiv, obwohl sie angesichts der enormen Vorteile der Globalisierung absolut berechtigt ist. Viele Menschen tun sich schwer damit, ein solches rechnerisches Verfahren auf ihre innersten moralischen Gefühle anzuwenden.

Was ich heute sagen wollte, ist, dass diese beiden Ansätze parallel verlaufen, genau wie in den Vorstellungen der visionären Architekten Europas in den 1950er Jahren. Die praktischen Ergebnisse der Globalisierung, nämlich die Bekämpfung der Armut und die Förderung des Wohlstands, stehen nicht im Gegensatz zu unserem Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit. Die Globalisierung bietet uns die Möglichkeit, auf dem Weg zu unseren gemeinsamen Zielen fortzuschreiten.



GRUNDWERTE EINER WELTWEITEN CHRISTLICHEN ETHIK

Erzbischof Diarmuid Martin



Erzbischof Diarmuid Martin

Was meinen wir eigentlich, wenn wir von „Gemeinwohl“ sprechen? Es ist in vielerlei Hinsicht einer jener Begriffe, dessen Definition wir zu kennen glauben. Tatsächlich haben wir jedoch ein eher vages Verständnis von der Bedeutung des Begriffs. Und darüber hinaus auch nur eine vage Vorstellung davon, wie Gemeinwohl in der Komplexität der Welt von heute erreicht werden kann. Das Konzept des Gemeinwohls liegt in der menschlichen Natur begründet, da der Mensch nicht allein in sich

Erfüllung finden kann. Der Mensch lebt nicht für sich selbst, sondern mit anderen und für andere Menschen. Das Konzept des Gemeinwohls ist somit nicht nur eine Gebrauchsanleitung für eine schlichte Co-Existenz von Menschen, sondern eine moralische Herausforderung: Jeder Mensch muss auch nach dem Wohl seiner Mitmenschen streben.

Niemand wird heute daran zweifeln, dass es ein globales Gemeinwohl gibt. Die meisten Menschen werden dies schnell zugestehen, wenn sie beispielsweise über den Schutz der Umwelt reden, über den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und gegen die organisierte Kriminalität. Auch im Bereich der Rüstungskontrolle kann man inzwischen von einem globalen Gemeinwohl sprechen. Dass die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen als eine Verantwortungserklärung aller Staaten aufgestellt wurde, zeigt, dass Armutsbekämpfung mittlerweile als ein weltweites Gut gilt. Es ist nicht nur Philanthropie, in die Entwicklung von Menschen zu investieren – obwohl noch Uneinigkeit darüber besteht, welches Maß an Verpflichtung in diesem Zusammenhang gilt und wie bei der Übernahme dieser globalen Verantwortung vorgegangen werden sollte.

In anderen Bereichen besteht größere Uneinigkeit: Die Tätigkeit der Welthandelsorganisation zum Beispiel geht davon aus, dass auf gleiche Grundsätze ausgelegte multilaterale Handelsregeln dem Gemeinwohl der internationalen Gemeinschaft dienen können. Doch das tatsächliche Handeln derjenigen, welche dieser Theorie anhängen – darunter auch die Europäische Kommission – zeigt oftmals, dass sie sich diesem Prinzip nicht vollständig verpflichtet fühlen. Dieses Beispiel kann uns beim Verständnis dabei helfen, wie in der Theorie zwar viele einzelne Elemente benannt und auch Übereinkünfte darüber gefunden werden können, wie die Kernpunkte eines globalen Gemeinwohls auszusehen haben. Gleichzeitig gehen die Wege bei der praktischen Ausgestaltung dieses Zieles jedoch wieder auseinander.

In unserer Suche nach dem globalen Gemeinwohl müssen wir zum einen die Komplexität einer modernen Weltwirtschaft mit ihren komplizierten Strukturen und Regeln berücksichtigen. Zum anderen steht fest, dass ökonomische Werte nicht die einzigen Werte darstellen: Der Mensch und die menschliche Gemeinschaft haben andere als nur wirtschaftliche Bedürfnisse. Ich möchte hier gerne Papst Johannes Paul II. aus seiner Enzyklika *Centesimus Annus* zitieren: „Die Wirtschaft ist ja nur ein Aspekt und eine Dimension der Vielfalt des menschlichen Handelns. Die wirtschaftliche Freiheit ist nur ein Element der menschlichen Freiheit. Wenn sie sich für autonom erklärt, das heißt, wenn der Mensch mehr als Produzent bzw. Konsument von Gütern, nicht aber als ein Subjekt gesehen wird, das produziert und konsumiert, um zu leben, dann verliert sie ihre notwendige Beziehung zum Menschen, den sie schließlich entfremdet und unterdrückt.“

IM SPANNUNGSFELD VON „GROWTH“ UND „EQUITY“

Somit stellt sich dann in einer komplexen, vom Markt bestimmten Wirtschaft die Frage, wie starkes wirtschaftliches Wachstum im Einklang mit Gerechtigkeit stehen kann. Auf Englisch spricht man von *growth with equity*. Es hat noch niemals eine nachhaltige Entwicklung ohne ein anhaltendes Wirtschaftswachstum gegeben. Doch wir können feststellen, dass anhaltendes Wirtschaftswachstum allein nicht ausreicht, um eine wahrhaft nachhaltige Entwicklung entstehen zu lassen. Lassen sie mich einige Beispiele von dieser Spannung zwischen *growth* und *equity* in der heutigen Welt nennen. Es gibt nur wenige Bereiche des Lebens, in denen diese Teilung, diese Spannung auf weltweiter Ebene so offensichtlich wird wie in der Gesundheitsversorgung. Wir leben in einer Welt, in der die Lebenserwartung in den letzten Jahren so rapide angestiegen ist, dass wir sagen können, dass Langlebigkeit eine der besonderen Gaben Gottes an unsere Generation ist. Doch zur gleichen Zeit ist in den letzten Jahren in vielen afrikanischen Ländern die Lebenserwartung auf unter vierzig Jahre gesunken. Oder lassen Sie uns noch einen Blick auf eine typische Herausforderung unserer Zeit richten, die ich bei meiner Tätigkeit in internationalen Organisationen praktisch erfahren durfte. Ich spreche von der Beziehung zwischen dem Schutz geistiger Eigentumsrechte, so genannter *intellectual property rights*, und der damit verbundenen angeregten Forschung einerseits und grundsätzlichen humanitären Bedürfnissen, wie etwa demjenigen der medizinischen Versorgung für die Opfer von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose, andererseits. Es existiert aber auch eine geteilte Wachstumsgerechtigkeit in reicheren Ländern. Dies trifft sicherlich auf die USA ebenso wie auf Irland zu. Irland befindet sich in Europa in vielerlei Hinsicht wirtschaftlich in einer Spitzenposition. Doch das Land fällt zurück, wenn man von der Gesundheitsversorgung oder anderen Infrastrukturfragen spricht.



MENSCHLICHEN BEDÜRFNISSEN JENSEITS DES MARKTES GERECHT WERDEN

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: marktwirtschaftliche Methoden können sehr wirksam die Effizienz in der sozialen Versorgung steigern. Und Effizienz ist wichtig. Die Ineffizienz im Umgang mit öffentlichen Geldern stellt für mich beispielsweise eine Form der Korruption dar. Marktmechanismen steigern die Effizienz, doch es wird immer Menschen geben – um den Gedanken von Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika *Centesimus Annus* aufzugreifen –, welche nicht die Kraft haben, am Markt teilzunehmen. Papst Johannes Paul II. schreibt: „Sowohl auf nationaler Ebene der einzelnen Nationen wie auch auf jener der internationalen Beziehungen scheint der freie Markt das wirksamste Instrument für die Anlage der Ressourcen und für die beste Befriedigung der Bedürfnisse zu sein. Dies gilt allerdings nur für jene Bedürfnisse, die ‚bezahlbar‘ sind, die über eine Kaufkraft verfügen und für jene Ressourcen, die ‚verkäuflich‘ sind und damit einen angemessenen Preis erzielen können. Es gibt aber unzählige menschliche Bedürfnisse, die keinen Zugang zum Markt haben. Es ist strenge Pflicht der Gerechtigkeit und der Wahrheit, zu verhindern, daß fundamentale menschliche Bedürfnisse unbefriedigt bleiben und daß die davon betroffenen Menschen zugrunde gehen.“



Es wird wohl niemand abstreiten, dass die Marktwirtschaft eines ethischen und gesetzlichen Rahmens bedarf, wenn sie funktionieren und zum Gemeinwohl beitragen soll. Die Ethik darf aber niemals ein „Ruhekissen“ sein. Ethik hat fordernd die Widersprüche zu untersuchen, welche in vielen Aspekten des sozialen und politischen Lebens auftreten. Gesellschaft bedarf eines bestimmten ethischen Konsenses mit Werten, Normen und Verhaltensmustern, auf die man sich geeinigt hat und die miteinander harmonisieren. Ethik darf allerdings nicht nur die Folge eines schlichten Konsenses sein. Papst Benedikt XVI. hat in seiner letzten Enzyklika *Spe Salvi* direkt die Zwiespältigkeit des Fortschritts angesprochen: „Der Fortschritt bietet unzweifelhaft neue Möglichkeiten zum Guten, aber er öffnet auch abgründige Möglichkeiten des Bösen, die es ehemals nicht gab. Wir alle sind Zeugen geworden, wie Fortschritt in den falschen Händen zum grausamen Fortschritt im Bösen werden kann und geworden ist. Wenn dem technischen Fortschritt nicht Fortschritt in der moralischen Bildung des Menschen, im ‚Wachstum des inneren Menschen‘ entspricht, dann ist er kein Fortschritt, sondern eine Bedrohung für Mensch und Welt.“

DER MENSCH IM MITTELPUNKT WIRTSCHAFTLICHER AKTIVITÄTEN

Die Christliche Soziallehre basiert darauf, dass jeder Mensch eine einzigartige und unveräußerliche Würde besitzt, da er nach dem Ebenbild Gottes erschaffen ist. Es sind somit Menschen, und nicht der Markt selbst, welche das zentrale Ziel wirtschaftlicher Aktivitäten darstellen. Wie wichtig der Markt auch sei, so ist er doch bloß ein Mittel zur Kanalisierung der menschlichen Fähigkeiten. In einer Wirtschaft, die mehr und mehr auf Wissen beruht – in der *knowledge based economy* –, kommt immer deutlicher zum Vorschein, dass es Menschen und ihre Kreativität sowie Innovationsfähigkeit sind, welche die treibende Kraft einer solchen Wissenswirtschaft darstellen. Es ist offensichtlich, dass zum Beispiel heute erfolgreiche Unternehmen oder Nationen diejenigen sind, welche in ihre Menschen investieren und eine gut ausgebildete Belegschaft geschaffen haben. Somit können sie auch gleichzeitig die schnellen und kreativen Herausforderungen der technischen Entwicklung verstehen.

Gemeinwohl kann aber allein über Strukturen nicht erreicht werden. Es wird nur dann erreicht, wenn Menschen in der gänzlichen Tiefe ihrer Persönlichkeit angesprochen werden. Papst Benedikt XVI. weist in seiner Enzyklika *Spe Salvi* über die Hoffnung darauf hin, dass der rechte Zustand der menschlichen Dinge, das „Gutsein der Welt“, nie einfach durch Strukturen allein gewährleistet werden kann, wie gut sie auch sein mögen. „Solche Strukturen sind nicht nur wichtig, sondern notwendig, aber sie können und dürfen die Freiheit des Menschen nicht außer Kraft setzen. Auch die besten Strukturen funktionieren nur, wenn in einer Gemeinschaft Überzeugungen lebendig sind, die die Menschen zu einer freien Zustimmung zur gemeinschaftlichen Ordnung motivieren können.“ Auf Englisch spricht man hier von *ownership*.

Jedes Verständnis von Gemeinwohl darf somit nicht nur den wirtschaftlichen Wert des Menschen berücksichtigen, sondern muss auch die umfassende humane und spirituelle Dimension erfassen. Eine rein historisch und materialistisch aufgefasste Vision des Menschen würde einer Umwandlung des

Begriffs „Gemeinwohl“ in schlichtes sozioökonomisches Wohlergehen gleichkommen, ohne transzendentes Ziel und somit ohne die eigentliche und hauptsächliche Bestimmung der menschlichen Existenz. Papst Johannes Paul II. stellt in seiner Enzyklika über die Hoffnung einen ganz entscheidenden Satz auf. Er sagt: „Deshalb gilt, daß ein ohne Gott realisiertes ‚Reich Gottes‘ – also ein Reich des Menschen allein – unausweichlich mit dem von Kant beschriebenen ‚verkehrten Ende‘ aller Dinge ausgeht.“ Ein ohne Gott realisiertes Reich Gottes.

ARMUT ALS BELEIDIGUNG DER MENSCHENWÜRDE

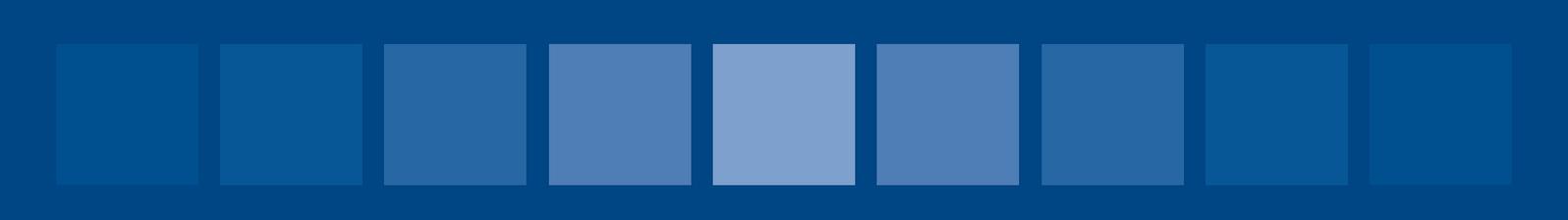
In diesem Zusammenhang sollten wir uns auch nochmals die Definition von Armut vor Augen führen: Armut wird nicht nur als das Fehlen von Einkommen definiert, sondern muss auch mit der Frage der menschlichen Fähigkeiten verbunden werden. Für mich bedeutet Armut hauptsächlich die Unfähigkeit, das durch Gott gegebene Potenzial des Menschen voll verwirklichen zu können. Es ist die Unfähigkeit, das Abbild Gottes, nach dem jeder geschaffen wurde, zu realisieren. Demzufolge sind Zustände höchster Armut eine Beleidigung der Menschenwürde und eine Beleidigung Gottes, der die Menschen nach seinem Ebenbild schuf. Beim Kampf gegen Armut geht es nicht nur um politische Strategien oder Strukturen, sondern auch darum, Menschen zu befähigen. Wenn soziale Maßnahmen nicht nur Einkommen steigern, sondern gleichzeitig auch die Abhängigkeit erhöhen, dann wird nur halbherzig gearbeitet.

In der Christlichen Soziallehre muss das Prinzip der unantastbaren Würde jedes Menschen durch einen weiteren Grundsatz ergänzt werden. Als Gott die Menschheit erschuf, schuf er die Menschheit als Familie, in welcher die einzelnen Mitglieder mit Respekt zu behandeln und in der Aufgaben und Verantwortlichkeiten zu teilen sind. Auf diesem Grundsatz basierend wird der Individualismus durch Konzepte der Solidarität und der Verantwortung für die Gemeinschaft vervollständigt. Dieser Grundsatz stellt eine Herausforderung an die Ethik der modernen Zeit dar: Eine Ethik, welche zwar auf Gleichheit beruht und doch eine Welt weitgehender Ungleich-

heit und des Ausschlusses geschaffen hat. Das Prinzip der Einheit der menschlichen Gemeinschaft und das Recht auf Teilhabe an allen Lebensbereichen sind als fundamentale Kriterien zur Bewertung des Globalisierungsprozesses zu sehen. Das Recht auf Teilhabe ist darüber hinaus nicht nur ein moralisches, sondern auch ein wirtschaftliches und soziales Gut. Eine Wirtschaft, die große Teile ihrer Mitglieder an den Randbereichen belässt, ist aus genau diesem Grunde weniger gerecht und weniger effektiv und somit umso zerbrechlicher. Eine Wirtschaft, die große Teile der Weltbevölkerung an den Randbereichen lässt, hat nicht das Recht, sich selbst als global zu bezeichnen. Die wirkliche Globalisierung ist eine Globalisierung, in der wir fortwährend eine globale Teilhabe anstreben.



Innerhalb der Katholischen Soziallehre stoßen wir noch auf einen anderen Grundsatz, welcher den Individualismus beschränkt. Während die Christliche Soziallehre vor allem angesichts von totalitären Regimen beständig das Recht auf Privateigentum wahrte, wurde dieses Recht auch immer in Beziehung zum Prinzip der universalen Bestimmung von geschaffenen Gütern gesetzt. Dieser komplexe Begriff meint ganz einfach, dass die von Gott geschaffene Kreativität zur Erzeugung von Gütern für das Wohlergehen aller Menschen bestimmt ist. Das Prinzip der allgemeinen Bestimmung der geschaffenen Güter impliziert auch einen gleich-



berechtigten Zugang zum Entscheidungsfindungsprozess, welcher das Individuum, die Gesellschaft oder eine Nation beeinflusst. Dies schließt eine Neukonzeption der Art, wie Wissen gemanaged wird, ein. Auch die Beziehungen zwischen den Nationen und deren Ausstattung mit Verhandlungsstärke im internationalen Geschehen ist davon betroffen.

Wir brauchen einen besonderen Regierungsstil in der heutigen Welt. Papst Benedikt XVI. sagt dazu in *Deus Caritas est*: „Nicht den alles regelnden und beherrschenden Staat brauchen wir, sondern den Staat, der entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip großzügig die Initiativen anerkennt und unterstützt, die aus den verschiedenen gesellschaftlichen Kräf-

ten aufsteigen und Spontaneität mit Nähe zu den hilfsbedürftigen Menschen verbinden.“ Die immer weiter entstehenden globalen Strukturen müssen von einem neuen und vor Leben sprühenden Ruf nach sozialer Gerechtigkeit auf globaler Ebene inspiriert sein. Das Konzept der sozialen Gerechtigkeit ist in der globalen Welt nicht bedeutungslos geworden. Und genau hier setzt die Christliche Soziallehre an: Sie will nicht der Kirche Macht über den Staat verschaffen. Sie will auch nicht Einsichten und Verhaltensweisen, die dem Glauben zugehören, denjenigen aufdrängen, die den Glauben nicht teilen. Sie will aber schlicht zur Reinigung der Vernunft beitragen und fördern, dass das, was Recht ist, jetzt und hier erkannt und dann auch umgesetzt werden kann.



DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DAS GEMEINWOHL

Hans-Gert Pöttering



Hans-Gert Pöttering

Es ist mir eine große Freude, heute an diesem Internationalen Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin teilnehmen zu können. Ich möchte mich für die Einladung sehr herzlich bedanken. Fürs erste weil ich damit auch die Gelegenheit habe, dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung Prof. Dr. Bernhard Vogel, persönlich sowie auch im Namen aller meiner Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament zu seinem 75. Geburtstag meine herzlichsten Glückwünsche zu über-

mitteln. Aber vor allem auch, da das Thema des heutigen Internationalen Symposiums, das die KAS zu seiner Ehre veranstaltet, eine ausschlaggebende Bedeutung für unser aller Leben und unsere Zukunft hat. Sie baten mich, über das Thema: „Das Europäische Parlament und das Gemeinwohl“ zu sprechen und ich komme dieser Bitte sehr gerne nach, ist dies doch genau jenes Thema, das uns alle angesichts der gewaltigen globalen Wandlungen beschäftigen muss. Was bedeutet die Suche nach dem Gemeinwohl in einem Zeitalter immer stärker sich ändernder und von der Globalisierung geprägter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen?

Das der Katholischen Soziallehre zugrunde liegende Prinzip des Gemeinwohls – *bonum commune* oder *salus publica* – verlangt von der Politik in ihren Entscheidungen, darauf hinzuwirken, dass über die individuellen Interessen hinaus, ein größtmöglicher Teil der Gesellschaft den Wohlstand beziehungsweise den Vorteil einer bestimmten Maßnahme genießen kann. Der englische Philosoph Jeremy Bentham (1784–1832) hat einmal etwas gesagt, das heute besonders zutreffend scheint: „*The greatest happiness of the greatest number is the foundation of morals and legislation*“ – Das größte Glück für die größte Zahl an Menschen ist die Grundlage für Moral und Gesetzgebung. Die Förderung des

Gemeinwohls sollte, ja muss selbstverständlich das Ziel jeder demokratischen Gesellschaft und ihrer Regierung sein. Wir können uns glücklich schätzen, in einem Land zu leben, dessen politische Verantwortliche diese Förderung des Gemeinwohls als grundlegenden Arbeitsauftrag begreifen und konsequent verfolgen.

Betrachten wir die Frage des Gemeinwohls aber unter einem breiteren Gesichtspunkt, können wir feststellen, dass dieses Konzept auch sehr gut den Sinn und Zweck der europäischen Integration erläutert: Es geht der Europäischen Union im Kern darum, auf das Gemeinwohl aller Bürgerinnen und Bürger unseres europäischen Kontinents hinzuwirken. Diese Aufgabe stellt uns jedoch vor die Verantwortung, einen Konsens darüber zu erzielen, was Gemeinwohl heute bedeutet und wie wir dieses Gemeinwohl auch auf europäischer Ebene erreichen können. Mit anderen Worten stehen wir angesichts geänderter Rahmenbedingungen vor der Aufgabe, einen Konsens über unsere politischen und gesellschaftlichen Ziele zu schaffen.

Die Welt um uns herum entwickelt sich rasant: Unsere Bürgerinnen und Bürger empfinden die Herausforderungen der Globalisierung immer deutlicher, sie sehen die Notwendigkeit, wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch in einem stärker werdenden Wettbewerb auch global bestehen zu müssen. Sie sehen neue Bedrohungen durch den Klimawandel und den internationalen Terrorismus, sie verstehen das immer stärker werdende Gebot nach gemeinsamem Handeln. Wie muss die europäische Politik gestaltet werden, damit jene Werte, die uns zusammenhalten, die uns allen gemeinsam sind, auch in Zukunft die Basis europäischen Handelns bleiben? Wie kann die Europäische Union auch künftig für wirtschaftlichen Fortschritt, soziale Gerechtigkeit sowie Umweltsicherheit stehen und dies auch den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln?

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT: EINE AUF WERTEN BERUHENDE GESETZGEBUNG

Sie haben mich heute als Präsidenten des Europäischen Parlaments eingeladen – eines Parlaments, das seit 1979 direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union gewählt wird. Mit heute 785 Abgeordneten vertritt das Europäische Parlament nahezu 500 Millionen Menschen zwischen Belfast und Nikosia, zwischen Tallin und Lissabon. Das Europäische Parlament spiegelt die Vielfalt der europäischen Völkerfamilie wider. Und es spiegelt auch die Vielfalt der Lebensentwürfe, Weltbilder und Meinungen wider, die wir im heutigen Europa vorfinden. Unsere Rolle als europäischer Gesetzgeber ist es, diese Vielfalt in eine konsistente und nachhaltige europäische Legislativarbeit einfließen zu lassen: Daraus ergibt sich das Gebot und unsere Verantwortung, als europäische Politiker für das Gemeinsame zu wirken – eine Verantwortung, die uns von den Bürgerinnen und Bürgern übertragen worden ist.

Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst. Dies umso mehr, als mit dem neuen, am 13. Dezember 2007 unterzeichneten Vertrag von Lissabon diese gleichberechtigte Mitverantwortung in Zukunft fast alle Politikbereiche der europäischen Gesetzgebung umfassen wird. Dies ist für die europäische Demokratie und im Sinne einer stetigen Suche nach europäischen politischen Lösungen, die allen Bürgerinnen und Bürgern zum Vorteil gereichen und ihre Lebensbedingungen verbessern, von großer Bedeutung. Der demokratische Prozess der legislativen Arbeit und der breite Austausch, den wir als europäische Abgeordnete mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit Vertretern der Zivilgesellschaft, mit Repräsentanten aller Lebens-, Wirtschafts- und Politikbereiche der Europäischen Union durchführen, ermöglicht es uns, viele Meinungen und Ansichten in der Politikgestaltung zu berücksichtigen.

Nach dem Gemeinwohl zu streben bedeutet gerade im Zusammenhang mit der immer stärker werdenden Globalisierung – ausgehend von unseren gemeinsamen europäischen Werten – stetig unsere Denkweise und Zielsetzungen an neue wirtschaftliche und soziale Realitäten unserer Gesellschaft, die Situation unserer Umwelt und die internationale Sicherheitslage anpassen zu können.

DIE EUROPÄISCHE UNION ALS WERTEGEMEINSCHAFT

Erlauben Sie mir dies konkreter auszuführen: Wir befinden uns nur ein paar Wochen vor dem Frühlingsgipfel des Europäischen Rates, wo die Europäische Union Bilanz ziehen wird über die Fortschritte in der Erreichung der Lissabon-Ziele. Interessanterweise heißt diese Lissabon-Strategie seit der Neugestaltung der Ziele im Jahr 2005 nunmehr „Strategie für Wachstum und nachhaltige Entwicklung“. Dies reflektiert die Überlegung, dass Wachstum und Wohlstand, Wachstum und Gemeinwohl nicht unbedingt immer übereinstimmen müssen, nicht stets und automatisch dasselbe bedeuten müssen.



Erst im November letzten Jahres hat das Europäische Parlament eine Konferenz zum Thema „*Beyond Gross Domestic Product – Über das Bruttoinlandsprodukt hinaus*“ veranstaltet. Dies klingt zwar zunächst mehr nach einem Thema für Wirtschaftsexperten – und in der Tat standen technische und wissenschaftliche Fragen auch im Vordergrund. Doch im Kern ging es um etliches mehr: Wenn wir ernsthaft darüber diskutieren, wie wir die Bemessungsinstrumente anlegen sollen, mit denen wir Fortschritt und Wohlstand berechnen wollen, dann geraten wir schnell zu der Erkenntnis, dass die Erreichung von Gemeinwohl im umfassenden Sinn mehr von uns verlangt als Politikgestaltung im Hinblick auf eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts allein.



Nehmen wir als Beispiel den Klimawandel. Der vierte Bericht des Weltklimarates der Vereinten Nationen (IPCC), der in Valencia im November 2007 vorgestellt wurde, ist ein dramatischer Warnruf vor den globalen Auswirkungen der Erderwärmung. So deutlich wie nie zuvor wird in diesem Bericht der Mensch als Verursacher der Erderwärmung benannt. Diese mittlerweile wissenschaftlich und wohl auch politisch unbestreitbare Tatsache zeigt uns, dass wirtschaftliches Wachstum teilweise eben auch mit unwiderruflichen negativen Auswirkungen auf unsere Umwelt verbunden ist. Dies wiederum führt zu der Schlussfolgerung, dass eine über Jahrzehnte hinweg steigende und stets gesteigerte Produktion nicht in gleichem Ausmaß Zeichen eines ebenso ständig wachsenden Gemeinwohls war. Wir können feststellen, dass das weltweite Wachstum seit den 1950er konstant gestiegen ist. Wir müssen dabei aber auch feststellen, dass wir den Faktor der Umweltverschmutzung und damit der Zerstörung unserer eigenen Lebens- und Wirtschaftsräume nicht mit eingerechnet haben. Wirtschaftliches Wachstum allein ist nicht gleichbedeutend mit Wohlstand und dem Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger. Bei der Suche nach dem Gemeinwohl müssen wir von der Erkenntnis ausgehen, dass wir zu lange den bloßen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit Gemeinwohl und Wohlstand gleichgesetzt haben. Im Kern muss es uns darum gehen, was wir für unsere Gesellschaft erreichen wollen; darum, was wir für unsere Zukunft und die unserer Nachkommen erzielen möchten.

Die Europäische Union ist, wie auch die ganze Welt, mit großen Herausforderungen konfrontiert: Nicht nur mit der Globalisierung allein, sondern auch mit einem mangelnden sozialen Zusammenhalt, den Konsequenzen der Einwanderung auf den sozialen Ausgleich sowie der Umweltverschmutzung. All das hat bedeutende Auswirkungen auf das Wohlbefinden unserer Bürgerinnen und Bürger in demographischer, sozialer, migrationspolitischer und umweltbezogener Hinsicht. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass gerade die Globalisierung für die Europäische Union auch große Chancen birgt, wenn wir sie aktiv und nachhaltig zu gestalten verstehen. Sie hat aber andererseits auch eindeutige und negative Nebenwirkungen, die wir nicht einfach ignorieren können. Als Politiker und Verantwortungsträger in der Gesellschaft ist es unsere Verpflichtung, dass wir uns dieser Herausforderung stellen und sie in unsere gesetzgeberische Arbeit systematisch mit einbeziehen. Gemeinwohl verstehen wir im Europäischen Parlament als ein umfassendes geistiges, gesundheits- und umweltbezogenes und eben auch wirtschaftliches Wohlbefinden aller Bürgerinnen und Bürger. Wohlstand entsteht auch aus der Versöhnung des Menschen mit seinem natürlichen Erbe, mit einer sauberen, nachhaltig und sozial bewirtschafteten Umwelt sowie seinem kulturellem Reichtum.

Angesichts dieses Paradigmenwechsels und der dadurch notwendigen Änderung unserer Denkweise, unseres Handelns, stehen wir aber nicht allein: Die Gruppe der größten Industrienationen der Welt, die G8, war ursprünglich ein rein wirtschaftliches Treffen und befasst sich heute mit Themen wie eben dem Klimawandel oder den Auswirkungen der Migration. Wenn Menschen heutzutage als Konsequenz der Stadtverschmutzung mehr als je zuvor an Asthma oder Allergien leiden, können wir dann ernsthaft sagen, dass unser Gemeinwohl gestiegen ist, nur weil die Wirtschaft wächst? Wenn sich der Klimawandel beschleunigt und Millionen von Menschen von Unwettern und Überflutungen bedroht sind, dann beginnen wir heute schon einen hohen Preis für die Verschmutzung und Beschädigung unserer Umwelt zu zahlen. Und je länger wir abwarten, desto höher wird dieser Preis, desto mehr sind unsere Gesundheit und Sicherheit gefährdet.

Wir müssen also tatsächlich in der globalisierten Welt weiter hinaus und in die Zukunft denken, uns neue und zusätzliche ‚rote Fäden‘ geben, die uns als Leitlinien in unserer politischen Arbeit dienen können. Es geht nicht um die Produktion an sich, sondern darum wie wir produzieren und welche Auswirkungen dies auf die Menschheit, das soziale Wohlbefinden und die Umwelt hat.

Das heutige Symposium erinnert uns ganz deutlich daran, dass der Mensch im Mittelpunkt unserer Politikgestaltung steht, dass unsere gemeinsamen Werte Ausgangspunkt und Maßstab unserer Legislativarbeit im Europäischen Parlament sind.

DIE LISSABON-STRATEGIE ALS AUSDRUCK EINER UMFASSENDEN POLITISCHEN ZIELSETZUNG

Wie in meinen bisherigen Ausführungen deutlich wurde, dürfen wir den Einsatz der Europäischen Union für die Bürgerinnen und Bürger also nicht allein auf die wirtschaftliche Dimension beschränken. Ich bin unverrückbar der Auffassung, dass die Europäische Union weit mehr als ein wirtschaftlicher Zweckverband ist. Wir tragen eine umfassende Verantwortung für den Ausgleich und das Wohlbefinden der europäischen Gesellschaft. In ihrem Kern ist die Europäische Union vor allem eine Wertegemeinschaft, deren Mitglieder – bei aller bewahrenswerten Vielfalt – einander verbunden sind durch gemeinsame Vorstellungen der politischen und wirtschaftlichen Ordnung ihres Gemeinwesens. Die Europäische Union bildet daher einen Rahmen, um im Sinne des Menschen und des friedlichen Zusammenlebens gemeinsam zu handeln. Ein Rahmen, der uns die Möglichkeit zur Verwirklichung unserer Werte im täglichen Leben und in der Gestaltung einer besseren gemeinsamen Zukunft bietet.

Tatsächlich ist in den letzten Jahren auch das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu den Konsequenzen eines unverantwortlichen und rücksichtslosen Wachstums spürbar gestiegen. Beispielsweise sind fast neunzig Prozent der europäischen Bürgerinnen und Bürger über die Auswirkungen des Klimawandels besorgt. Die Europäische Union muss daher ihren Bürgerinnen und Bürgern den Nachweis erbringen, dass sie auch künftig für wirtschaftlichen



Fortschritt, soziale Gerechtigkeit sowie Umweltsicherheit steht. Mit der Reform hin zu einer öko-sozialen Marktwirtschaft, basierend auf Umweltschutz, sozialem Zusammenhalt und Marktwirtschaft als Eckpunkte eines strategischen Dreiecks hat die Europäische Union einen zukunftsfähigen Weg für eine nachhaltige Entwicklung eingeschlagen. Dieses Überlebensmodell der Zukunft setzt die Förderung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster voraus, um Wirtschaftswachstum und Umweltbeeinträchtigungen effektiv zu entkoppeln. Es ist dies in jeder Hinsicht eine Strategie, durch die alle Beteiligten gewinnen können und die auch stark dem europäischen Gesellschaftsmodell entspricht, das neben dem freien Markt die soziale und die ökologische Dimension unseres Handelns im Auge behält.

Mit dem Vertrag von Lissabon sind das Gemeinwohl in seiner umfassenden Bedeutung sowie das Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung zu expliziten Zielen der Europäischen Union geworden. Artikel 3 des Vertrages über die Europäische Union lautet: „Die Union strebt die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums an, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität.“ Die Europäische Union hat bei der Umsetzung der Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung einen guten Anfang gemacht.



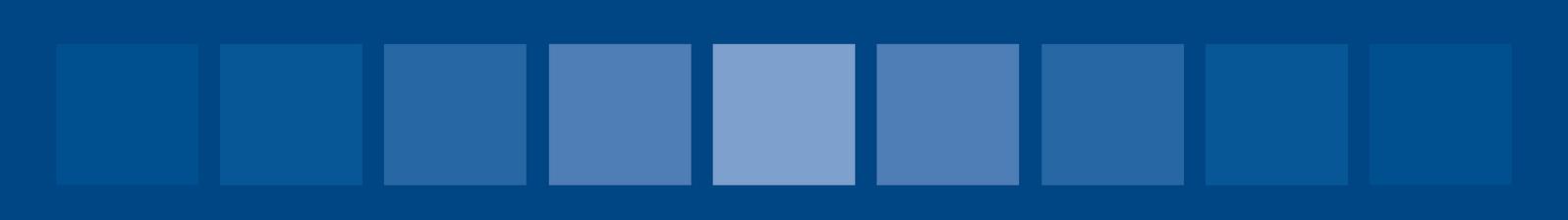
Vor allem die neu ausgerichtete Lissabon-Strategie für Wachstum und nachhaltige Entwicklung zielt darauf ab, die Lebensqualität und das Wohlbefinden der jetzigen und künftigen Generationen auf unserem Planeten ständig zu verbessern: Dies ist die konkrete politische Umsetzung des vorher genannten strategischen Dreiecks der ökosozialen Marktwirtschaft.

Wichtige Initiativen wurden im Rahmen des erneuerten Lissabon-Prozesses auch im sozialen Bereich und im Umweltschutz ergriffen. Damit bemüht sich die Europäische Union, alle drei Komponenten gleichermaßen zu fördern: Die europäische Integration mit einem offenen Binnenmarkt bietet die Möglichkeit, die Globalisierung für unsere Bürgerinnen und Bürger sozialverträglich zu gestalten und dabei auch ökonomisch zu gewinnen. Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ist dabei der Schlüssel zum Erfolg. Wettbewerbsfähigkeit ist aber kein Selbstzweck, sondern eine starke Wirtschaft ist immer die beste Voraussetzung für eine gute Sozialpolitik. Wettbewerbsfähigkeit bedeutet für uns, dass wir durch Wachstum und durch bessere Bedingungen für die europäische Wirtschaft nicht nur mehr, sondern vor allem auch nachhaltige Arbeitsplätze in Europa schaffen. Das ist für uns Sozialpolitik im recht verstandenen Sinne.

Nächste Woche wird das Europäische Parlament in seiner Plenarsitzung in Straßburg über die Resolution zur Lissabon-Strategie abstimmen. Ohne den Inhalt präjudizieren zu wollen kann ich sagen, dass das Europäische Parlament die bislang teilweise unzureichende Verwirklichung der Ziele bedauern wird. Zugleich wird es auch die Notwendigkeit betonen, in der Messung des Fortschritts in der Gesellschaft qualitativen Aspekten – also der Lebensqualität, der Gesundheit, Erziehung und Kultur, aber auch der Integration und der Umweltqualität als Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung – mehr Beachtung zu verleihen. So vereinen wir gemeinsam im europäischen Modell wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Freizügigkeit mit sozialer Verantwortung und Energiesicherheit mit Umweltbewusstsein und Generationengerechtigkeit. Nun haben wir im Europäischen Parlament als Politiker Entscheidungen zu treffen, die Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft haben.

KAMPF GEGEN DEN KLIMAWANDEL: DRINGENDES GEBOT FÜR DAS GEMEINWOHL

Die Europäische Union ist unser Zukunftsraum und auch der unserer Kinder und Enkelkinder. Wir teilen unser gemeinsames Schicksal in der Europäischen Union auch darin, dass wir mit denselben Herausforderungen für die Menschheit und unsere Schöpfung konfrontiert sind. Die Erderwärmung steigt in alarmierendem Maße an: Ihre Bekämpfung ist eine dringende Priorität und unsere gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwohl unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir haben es in Europa geschafft, einen langfristigen Frieden zwischen unseren Völkern zu erreichen – jetzt müssen wir den Frieden mit dem Planeten, auf dem wir leben, verwirklichen. Brauchen wir noch mehr Beweise der globalen Verflechtung als uns die weltweiten Konsequenzen des Klimawandels täglich vor Augen führen? Der nachhaltige Schutz der natürlichen Umwelt, der Schöpfung, ist daher unsere moralische Verpflichtung unseren Enkeln gegenüber. Wir dürfen unsere Augen nicht vor den langfristigen Auswirkungen unseres Handelns verschließen und damit die nachfolgenden Generationen zur Zahlung des Preises dafür verpflichten. Der Kampf gegen den Klimawandel ist ein Gebot der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Der Klimawandel ist nicht allein eine Umweltfrage:



Der Klimawandel stellt eine umfassende und langfristige Herausforderung aus wirtschaftlicher, technologischer und entwicklungspolitischer Perspektive dar. Er betrifft damit alle Aspekte unseres Lebens: Unser Ökosystem, unsere Gesundheit, unsere Wirtschaft und Produktionsmethoden, unsere Sicherheit. Deshalb haben sich die Europäische Union und das Europäische Parlament für schnelle und verantwortungsbewusste Schritte eingesetzt. Und mit dem neuen Vertrag von Lissabon wird der Kampf gegen den Klimawandel zu einem zentralen Ziel der Europäischen Union.

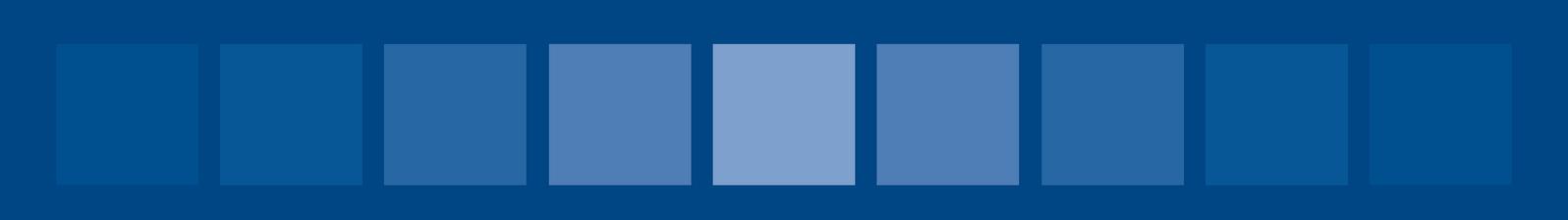
Schon beim Frühjahrsgipfel der EU-Staats- und Regierungschefs im März 2007, der dem wärmsten Winter der nördlichen Hemisphäre seit Beginn der Aufzeichnungen folgte, konnten sich die Mitgliedsstaaten unter der deutschen Ratspräsidentschaft auf bindende Ziele einigen. Mit diesem Paket sowie den von der Europäischen Kommission am 23. Januar 2008 vorgelegten Maßnahmen zur Umsetzung, dem so genannten „Energie-Paket“, wird die Europäische Union zum Vorreiter einer notwendigen globalen nachhaltigen Entwicklung. Das Paket beinhaltet Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung, zur Förderung erneuerbarer Energien oder zur Überarbeitung des europäischen Emissionshandelssystems. Das Europäische Parlament hat sich dafür eingesetzt, die erste Lesung des Energie-Pakets noch vor Ende des Jahres 2008 durchzuführen. Und in einem Gespräch mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, haben wir uns zum Ziel gesetzt, dieses Paket noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament abzuschließen. Wir hoffen dabei auf die Unterstützung aller Mitgliedstaaten.

Dieses Jahr wurde in Grönland erstmals Brokkoli geerntet. Diese Randbemerkung wirft ein bezeichnendes Licht auf die Situation, in der wir uns befinden: Die Brokkoliernte in Grönland mag zwar eine zusätzliche Einnahmequelle für die lokalen Landwirte sein, doch der Preis für die Menschheit ist zu hoch. Bei einem ungebremsten Klimawandel kann sich unser Wohlstand um mindestens fünf Prozent verringern, vielleicht sogar um bis zu 20 Prozent. Ein konsequenter Klimaschutz wäre mit einem deutlich geringeren Einsatz von etwa einem Prozent des Wohlstandes erreichbar. Der Preis der Untätigkeit würde bei weitem die Kosten der zu beschließenden Maßnahmen übersteigen. Die Bekämpfung

des Klimawandels wird damit auch zum Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Um eine realistische Chance zu haben, die schlimmsten Folgen des Klimawandels noch abzuwenden, müssen wir die globale Erwärmung auf ein Niveau von nicht mehr als zwei Grad Celsius über den vorindustriellen Temperaturen beschränken. Dieses Zwei-Grad Ziel bedeutet aber, dass wir bis 2050 mindestens eine Halbierung der globalen Emissionen brauchen. Deshalb müssen wir weltweit auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad setzen und die Produktionsmethoden anpassen.

Das heißt aber nicht, auf Wachstum und Wohlstand verzichten zu müssen. Wir sollten vielmehr Wege aufzeigen, um die bisherigen umweltschädlichen Produktionsmethoden zu überwinden. Wir müssen beweisen, dass es möglich ist, ein steigendes Wirtschaftswachstum von gleichzeitig höheren CO₂-Emissionen zu entkoppeln. Es geht darum, auf eine nachhaltige Entwicklung mit klimaverträglichen Technologien einzuschwenken. Deshalb müssen die Entwicklung neuer, sauberer Energietechnologien ernsthaft angegangen und die Bemühungen um mehr Energieeffizienz verstärkt verfolgt werden. Hier geht es um nichts weniger als um eine ‚neue industrielle Revolution‘, um die Verfolgung einer ehrgeizigen Forschungspolitik zur Förderung von Öko-Innovationen und -Technologien.

Es ist dies auch eine Chance für die Europäische Union: Der Umstieg zu einer CO₂-armen Wirtschaft bietet umfassende Möglichkeiten für Wachstum; vor allem jenen, die als erste auf diesen Zug der Zukunft aufspringen und sich so einen enormen Wettbewerbsvorteil verschaffen können. Eine solche wirtschaftliche und technologische Weiterentwicklung wird der Europäischen Union global einen spürbaren Wettbewerbsvorteil verschaffen und gleichzeitig drastisch zu Emissionsreduktionen beitragen. Wichtig ist, das Bewusstsein über die Bedrohung zu erhöhen: Das Europäische Parlament hat von Beginn an proaktiv darauf hingewirkt, den Klimawandel zu einem vorrangigen Punkt auf der europäischen Tagesordnung zu machen und seinen Einfluss ausgeübt, damit die notwendigen Vorschläge vorgelegt werden.



Um seine Rolle als gleichberechtigter Gesetzgeber gut ausüben und informierte Entscheidungen treffen zu können hat das Europäische Parlament den Nichtständigen Ausschuss zum Klimawandel (CLIM) eingesetzt. Der Ausschuss hat in der Ausarbeitung der Position des Europäischen Parlaments zum Klimawandel sowie in der Gestaltung einer integrierten Klimaschutzpolitik eine bedeutende Rolle gespielt. Der CLIM-Ausschuss hat beispielsweise die Position des Europäischen Parlaments für die UN-Konferenz der Vertragsparteien des Kyoto-Abkommens in Bali im Dezember 2007 definiert.

Wir müssen aber noch einen Schritt weiter gehen und als Europäische Union unsere globale Verantwortung wahrnehmen. Es muss unser Anliegen sein, auf globaler Ebene aktiv eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Europäische Union muss die Führungsrolle bei der Erzielung eines Post-Kyoto-Übereinkommens übernehmen. Ein klarer Fahrplan wurde festgelegt. Die Europäische Union muss im Hinblick auf das zu vereinbarende Abkommen in Kopenhagen im Jahr 2009 Führungsstärke zeigen. Es muss uns gelingen, ein bindendes Abkommen – Absichtserklärungen allein genügen nicht –, also ein umfassendes Post-Kyoto-Abkommen herbei zu führen, das alle großen Emittenten wie die USA, China und Indien mit einbezieht. In diesem Zusammenhang ist es ein bemerkenswertes und ermutigendes Zeichen, dass auch die USA in Bali mit an Bord waren. Geben wir uns keiner Illusion hin: Die Zeit läuft uns davon. Wir müssen unsere Anstrengungen nicht nur fortsetzen, wir müssen sie entschlossen intensivieren.

DAS GEMEINWOHLPRINZIP ALS MASSSTAB EUROPÄISCHER POLITIK

Wir sind heute zusammengekommen, um darüber nachzudenken, wie wir unter sich stets ändernden Rahmenbedingungen am besten einen echten, umfassenden Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger, ein wahres Gemeinwohl, erzielen können. Es geht hier um mehr als nackte Statistiken und nüchterne Zahlen: Es geht darum, wie wir auf europäischer Ebene Politik gestalten können und müssen, um unser gemeinsames Leben, unseren Wohlstand, das Wohlbefinden für die Zukunft aller Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Das aus der Katholischen Soziallehre übernommene Prinzip des Gemeinwohls muss heute in einer globalen Gesellschaft mehr als je zuvor Ziel und Maßstab unserer Politik sein. Von der Katholischen Soziallehre haben wir ein ausschlaggebendes Gebot vermittelt bekommen: Der Mensch ist Ausgangspunkt und Zweck unserer Politik. Dieses Gebot stellt den Ausgangspunkt unserer täglichen Arbeit im Europäischen Parlament dar und wir nehmen das Streben nach dem Gemeinwohl aller Bürgerinnen und Bürger umfassend als Leitlinie unserer Legislativarbeit ernst. Gerade im Zeitalter der Globalisierung und angesichts der mannigfaltigen Herausforderungen unserer Gesellschaft können wir daher zu Recht auf das zurückgreifen, was uns der englische Philosoph Jeremy Bentham vermittelt hat: „The greatest happiness of the greatest number is the foundation of morals and legislation“.



Konrad-Adenauer-Stiftung

DEM GEMEINWOHL INTERNATIONALE GELTUNG VERSCHAFFEN

DOKUMENTATION DER PANELDISKUSSION

Danja Bergmann



Wolfgang Schürer

Wo berühren sich Globalisierung und Gemeinwohl? Diese Frage warf Wolfgang Schürer von der Universität St. Gallen zur Einführung in das Expertenpanel auf. Die Antworten der vier Redner fielen je nach Fachgebiet durchaus unterschiedlich aus. Einig waren sie sich allerdings in einem Punkt: Nur durch Definition und Wertschätzung eines gemeinsamen Wohls kann der Prozess der Globalisierung gelingen. In seinen einführenden Worten wies Schürer auf die Geschichte des Gemeinwohls in Europa hin: Menschenrechte und

Rechtsstaatlichkeit bildeten den festen Kern des Gemeinwohls. Im Blick auf die globale Problematik müsse aber der Grundsatz „Was alle betrifft, muss von allen gelöst werden“ geltend gemacht werden. Die Globalisierungsprozesse der vergangenen 500 Jahre seien vor allem wirtschaftlicher und technischer Natur gewesen. Eine neue Form der Zusammenarbeit sei mit der Europäischen Gemeinschaft aufgetreten. „Nirgendwo sonst wurden in den letzten fünfzig Jahren so mutig neue Formen der *Governance* erprobt.“

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT ALS SOLIDARISCHE VERPFLICHTUNG

Die Frage nach dem Verhältnis von Entwicklungszusammenarbeit und dem Begriff der Solidarität bildete die Grundlage des Vortrags von Peter Molt. Auffällig sei, dass in entwicklungspolitischen Absichtserklärungen ganz allgemein von Gerechtigkeit und Solidarität als Grundwerten des menschlichen Lebens die Rede sei, den Interessen der Geberländer an Entwicklung und Sicherheit jedoch eine viel größere Bedeutung zukäme. Der Begriff Solidarität stelle in diesem Kontext zwar internationales Handeln als altruistisch dar, doch sei bekannt, dass in den politischen

Beziehungen mit den Entwicklungsländern andere Motive dominierten. Und wengleich auch das Engagement vieler Menschen zur Linderung der Armut überwiegend von Mitleid und vom Motiv des Helfens bestimmt sei, so bedeute Solidarität doch mehr als karitative und humanitäre Hilfe für die Armen.

Die internationale Abteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung trug bis 1984 den Namen „Institut für internationale Solidarität“, da dem Begriff in der Christlichen Soziallehre eine zentrale Bedeutung zukommt. „Eine personale Verbundenheit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Menschen, welche die gleichen Ziele und Wertvorstellungen haben“ sollte damit zum Ausdruck gebracht werden. Das Solidaritätsprinzip sei damals als Strukturprinzip des als Solidargemeinschaft seiner Bürger verstandenen Staates aufgefasst worden.

Ob dies in der globalisierten Welt von heute noch so gesehen werden kann, sei fraglich. Die Welt sei heute sehr viel komplizierter und unübersichtlicher als vor fünfzig Jahren. Ordnung, Friede und sozialer Ausgleich vollziehe sich immer weniger im Rahmen von Staaten. Diese seien nicht mehr letzte Instanz, sondern nur noch wichtige Akteure. Seit Jahren gewannen Arbeitsgemeinschaften und Netzwerke an Bedeutung, die quer durch Staaten und Gesellschaften danach suchten, wie Frieden und Gerechtigkeit verwirklicht werden könnten. Hierbei stünde die Frage im Mittelpunkt, wie sich eine Weltgesellschaft gestalten lasse, in der die Mehrheit der materiell armen Menschen menschenwürdig leben könne. Wichtiger als noch vor fünfzig Jahren sei heute das gemeinsame Handeln über die Grenzen der Staaten hinweg, hier verorte sich die internationale Solidarität.



Peter Molt

Armut sei dabei mehr als nur eine Frage des Einkommens, es ginge vielmehr um die Chance der Ergreifung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten für die ärmeren Bevölkerungsschichten. „Armutsbekämpfung bedeutet deshalb, die Möglichkeit der Selbsthilfe der Armen zu erweitern und ihnen das nötige Wissen und die Technik zugänglich zu machen, die sie zur Verbesserung ihrer Lebenschancen benötigen. [...] Armutsbekämpfung heißt eine ‚Kultur menschenwürdiger Armut‘ zu ermöglichen“. Mit einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen den Staaten und internationalen Organisationen und der Erhöhung der Entwicklungshilfe könne dieser Herausforderung allein nicht begegnet werden – es sei nicht nur das Geld, das fehle. Die Relevanz der eingangs erwähnten Soziallehre läge darin, dass ihre Interpretation des Solidaritätsprinzips und des Subsidiaritätsprinzips die Richtung für eine Armutsminderung weisen könne. „Subsidiarität heißt nämlich nichts anderes als auf die Selbsthilfe und Eigenverantwortung zu setzen, gerade auch der Armen“.

Entwicklung lasse sich demnach nicht von außen und oben planen, sondern müsse aus dem Inneren der jeweiligen Gesellschaft kommen und die Armen subsidiär und solidarisch einbeziehen. Die multilaterale und bilaterale staatliche Entwicklungshilfe erliege leider immer wieder der Versuchung, ihr Heil in zentralistischen, bürokratischen und technokratischen Konzepten zu sehen und gehe damit leider in die falsche Richtung. Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung sei deshalb so wichtig, weil über sie ein gesellschaftlicher Dialog geführt werden könne. Sie unterstütze zivilgesellschaftliche Initiativen, welche die Brücke zu den Armen und ihren Selbsthilfebewegungen baue. Nur auf diese Weise könne solidarische Entwicklungszusammenarbeit wachsen. In vielen kleinen Schritten, auf einem mühsamen und fremden Weg, aber wohl dem einzig möglichen.

GEMEINWOHL IN DER VÖLKERGEMEINSCHAFT

Über das Gemeinwohl in der Völkergemeinschaft referierte Stefan Oeter und näherte sich der Thematik von rechtlicher Seite. Zwar zweifelten Völkerrechtler mittlerweile nicht mehr daran, dass es so etwas wie eine „internationale Gemeinschaft“ oder „Staatengemeinschaft“ gebe. Gerade dieser Gemeinschaft aber fehle es an den üblichen Gemein-

samkeiten, die sonst „Gemeinschaft“ konstituierten. Das *bonum commune* in dieser paradoxen Ausgangsposition zu finden sei eine schwierige Aufgabe, die vor allem große Konsensbereitschaft voraussetze. Voraus gehe zunächst ein äußerst aufwändiger Diskussionsprozess, in dem sich die Partner so lange aneinander abarbeiteten, bis sie glaubten, ein Ergebnis erzielt zu haben: Ein Ergebnis, das ihre in den Prozess eingebrachten Interessen wahr, unter gleichzeitiger Wahrung der Interessen aller anderen Beteiligten. Anschauliche Belege für die Ambivalenz dieser Entwicklung hin zu einer rechtlichen Absicherung allgemein akzeptierter Gemeinschaftsbelange liefere das Umweltvölkerrecht, in dem es nach der Weltklimakonferenz in Rio zu einer Konsensfindung kam.

Spätestens mit der Rio-Konferenz von 1992 sei die Erhaltung der Umwelt – in Form des Postulates „nachhaltiger Entwicklung“ – als globaler Wert und von den Staaten in ihrem Handeln aufzunehmender Gemeinschaftsbelang der Menschheit anerkannt worden. Der Kampf um die Ablösung des traditionellen anthropozentrischen Ansatzes im internationalen Umweltschutz durch einen ökozentrischen Ansatz verstärkte diese Bestrebungen noch, würde doch auf diese Art der Mensch (und der seinen Bürgern dienende Staat) als zentrales Bezugsobjekt des Schutzes ersetzt durch die Umwelt als Selbstzweck – der klassische Fall eines „Gemeinschaftswertes“. Die Abkommen des internationalen Umweltschutzes, vor allem die Produkte des Rio-Prozesses, bauten darauf auf, wenn sie einschneidende Beschränkungs- und Aufsichtsmaßnahmen von den Staaten verlangten. Dies geht bis zu schmerzhaften quantitativen Zielen der Emissionsenkungen im Interesse des Klimaschutzes.

Das Streben nach einem globalen Gemeinwohl ist Oeter zufolge abhängig von angemessenen Institutionen. Ein kompliziertes Geflecht aus Partikularinteressen, spezifischen Eigeninteressen, Opportunismen und dem grundsätzlichen Risiko von Misstrauen gelte es institutionell gegen Missbrauch zu sichern. Hier setzten ausgefeilte Mechanismen der *compliance*



Stefan Oeter

control und der Vertragserfüllung über Kontroll- und Rechenschaftsverfahren an. Für den Rechtsanwender einer gesetzesgestützten kontinentaleuropäischen Rechtsordnung, so Oeter, sei die Frage nach dem Gemeinwohl im Kern eine Frage der Gesetzesauslegung und verstehe sich als Auffindung eines im Gesetz bereits festgelegten Gemeinwohlprinzips. Demgegenüber sei die rechtlich gestützte Entscheidung im Völkerrecht immer ein Akt der Suche nach einem letztlich nicht feststehenden Gemeinwohl, ein Akt der Entscheidung für eine bestimmte Konstruktion des Gemeinwohls und ein Werben um Übernahme dieser Konstruktion – ohne die Chance, diese spezifische Konstruktion anderen Akteuren autoritativ vorzugeben. Gemeinwohl bleibe so eine offene Kategorie, die stets neu zu konstruieren sei. Zugleich sei es ein eher fragiles Konstrukt, das jederzeit auf Widerstand stoßen und an der Negation der anderen Akteure scheitern könne.

Globale öffentliche Güter



Inge Kaul

Mit ihrem Vortrag vertrat Inge Kaul die Ansicht, dass dem Gemeinwohl international noch nicht genügend Geltung zukomme. Dafür verantwortlich sei die Situation einer von Krisen geschüttelten, zunehmend offenen und interdependenten Welt. Um hier Verbesserung zu erzielen, sei es notwendig, die Politikansätze der Gegenwart der globalen Realität anzupassen. Vor allem die weltweite Vernetzung öffentlicher Güter wie Recht und Ordnung, Frieden und Sicherheit oder Gesundheit erfordere eine effektivere internationale

Kooperation. Diese Kooperation sei aber nur dann möglich, wenn sie für alle Beteiligten sinnvoll sei, welches wiederum abhänge von der tatsächlichen *win-win*-Situation.

Im Blick auf dafür notwendige Zugeständnisse mangele es häufig an notwendigem Engagement. Dabei, so gab sie zu bedenken, müssten nur die Rechenaufgaben ordentlich gemacht werden. Zögerliches Verhalten ziehe oftmals größere Kosten nach sich. Kaul regte an, Politik stärker als Markt zu begreifen, dann sei verständlich, dass – wie bei Angebot und

Nachfrage – die Preise nicht nur von einer Seite diktiert werden dürften. Ihre Argumentation folgte drei zentralen Aspekten und mündete schließlich in die Forderung nach konkreten Politikresultaten.

Das menschliche Wohlergehen weltweit sei abhängig von zwei Arten von Gütern: Von privaten Gütern wie etwa Brot und Kleidung und von öffentlichen Gütern wie Frieden und Sicherheit, öffentlicher Gesundheit oder einem funktionierenden Rechtssystem. Die Politik vergangener Jahrzehnte habe zum einen auf ökonomische Liberalisierung und zunehmende Offenheit nationaler Grenzen hingewirkt und eine internationale Harmonisierung von nationalen öffentlichen Gütern, etwa des Handels oder der Steuersysteme, geschaffen. Die Integration des Marktes habe aber auch zu unerwarteten negativen Effekten, sogenannten Externalitäten, in den Bereichen von Krankheiten, Drogen und Kriminalität geführt. Mit der Verschränkung von Politikdomänen und damit von Handels- und auch öffentlichen Gütern wie Recht, Ordnung, Frieden, Sicherheit u.a. gehe auch die globale Reichweite von Erscheinungen wie HIV/Aids, SARS oder der internationale Terrorismus einher.

Genauso wie für private Güter existierten unterschiedliche Präferenzen auch für öffentliche Güter. Dies sei begründet etwa durch verschiedene Einkommensniveaus, unterschiedliche geografische Situationen oder kulturelle Hintergründe. Globale öffentliche Güter berührten aber in ihrer Reichweite nicht nur alle Menschen, sie brauchten auch ein hohes Maß an internationaler Kooperation. Hier sei eine besondere Effektivität gefordert, denn die Formulierung von Zielvorstellungen gestalte sich sehr viel leichter als die Umsetzung.

Zur Bekämpfung der Armut sei es *erstens* vor allem notwendig, ordentlich zu kalkulieren. Die Erfahrung zeige, dass Nichtstun letztlich teurer sei als die frühzeitige Problembekämpfung durch Korrekturmaßnahmen. Zögern führe grundsätzlich zur Verschlimmerung. Insbesondere zur Kompensation von Präferenzunterschieden sei eine gute Kosten-Nutzen-Rechnung aufzustellen. *Zweitens* sei der Markt durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage bestimmt, welches Modellcharakter auch für die Politik haben sollte – wünschenswert sei vor allem eine ausgeprägte Diskussionskultur.

Demokratie solle *drittens* nicht an den nationalen Grenzen aufhören, sondern proaktiv auch im internationalen Bereich gefördert werden. Denkbar in diesem Zusammenhang seien zum Beispiel eine erweiterte G8 und eine Revision des Quotensystems in internationalen Organisationen. Aber auch den Entwicklungsländern könne nahegelegt werden, eine eigene G8 zu gründen, um miteinander ins Gespräch zu kommen.

In ihrem Resümee zeigte sich Inge Kaul überzeugt, dass schon kleine Gesten und Veränderungen reichen könnten, um die aufgrund extremer Gegensätze in der Weltgemeinschaft entstandene Verbitterung abzuschwächen. Für die internationale Kooperation und für einen stabileren Globalisierungsprozess sei viel zu gewinnen, wenn man aus aufgeklärtem Selbstinteresse mehr in *terms of win-win* denken würde.

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE GRUNDSÄTZE DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Christian Ruck beschäftigte sich in seinem Beitrag mit christlich-demokratischen Grundsätzen der Entwicklungszusammenarbeit in der globalisierten Welt. Er bemerkte, dass durch das Wirtschafts- und Bedeutungswachstum einiger Entwicklungsländer neue Strukturen entstanden seien, da diese Länder das globale Geschehen nun mitgestalten würden. Auf der anderen Seite aber gäbe es Entwicklungsländer, die in einer verzögerten Entwicklung stagnierten. Diese Kluft zwischen erfolgreichen und ärmeren Ländern nehme immer weiter zu. Die Diskrepanzen, die neu entstandene Konkurrenz und die Bedrohung durch den Klimawandel und den Terrorismus verschärften die ökonomischen, ökologischen und sicherheitspolitischen Risiken auch für Deutschland. „Angesichts dieser Herausforderungen muss die deutsche Politik ihr außenorientiertes Profil schärfen.“ Die Entwicklungspolitik spiele dabei eine Schlüsselrolle, der die Aufgabe zukäme, Risiken in Chancen zu transformieren.

Für Christdemokraten bedeute moderne Entwicklungspolitik, Verantwortung zu tragen für Menschen und Schöpfung, globale Gefahren abzuwehren, wichtige Partnerschaften aufzubauen und für

die eigenen Bürger Vorkehrungen zu treffen. Als positiv aus den mehr als vier Dekaden entwicklungspolitischer Zusammenarbeit sei laut Ruck zu nennen, dass kein Zuwachs an hungernden Menschen zu verzeichnen sei und viele Länder Asiens und Lateinamerikas die Globalisierung zur Demokratisierung und zum wirtschaftlichen Aufstieg genutzt hätten. Dabei gelte: „Entwicklung kann nur durch die Eigeninitiative der Betroffenen und auf Grundlage lokaler Lösungsstrategien geschehen“. Angesichts der wachsenden Herausforderungen und aktuellen Gefahren sei es ein Gebot der Stunde, die entwicklungspolitischen Anstrengungen zu erhöhen. Ziel christlich geprägter Entwicklungspolitik sei es, die internationale Soziale Marktwirtschaft voranzutreiben. Für die Union gelten dabei folgende Eckpfeiler:



Christian Ruck

- Konzentration auf die Schlüsselsektoren der Entwicklung wie zum Beispiel Sicherung der Lebensgrundlagen;
- Konzentration auf weniger Länder unter Berücksichtigung der Bedürftigkeit;
- Stärkung entwicklungsorientierter Regierungsstrukturen durch finanzielle und politische Förderungen;
- strategische Partnerschaften mit den Schwellenländern, um deren Entwicklung positiv zu beeinflussen;
- bessere Verzahnung der Politikfelder des Außenhandels zur Vertretung der eigenen Interessen;
- Ausrichtung der Handelspolitik auf Förderung armutsorientierten Wachstums in Entwicklungsländern;
- Erarbeitung von partnerorientierten Entwicklungsstrategien, die kulturelle Besonderheiten berücksichtigen und auf Förderung der Selbsthilfekräfte achten;
- bessere internationale Abstimmung und Arbeitsteilung;
- Reform des nationalen Systems der Entwicklungszusammenarbeit.



Bundestagspräsident Norbert Lammert während seiner Rede

Abschließend verwies Ruck auf das Leitbild der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb der Union, das aus der Bergpredigt und der Lehre von den Talenten resultiere. Es umfasse auch die internationale Soziale Marktwirtschaft, ein zwar nach wie vor holpriger, aber aus entwicklungspolitischer Sicht hochzuhaltender Begriff. Auf der einen Seite ginge es darum, Freiräume zu schaffen und die Entfaltung der eigenen individuellen Kräfte, Fähigkeiten und Potenziale zu garantieren. Auf der anderen Seite aber ginge es auch um Rücksichtnahme auf die Schwächeren – auch in einem internationalen Kontext. Dies bedeute klare und faire internationale Regeln mit starken Institutionen sowie die Bewahrung der Vielfalt von Menschen, Kulturen und Natur.

An das internationale Symposium schloss sich anlässlich des 75. Geburtstags des Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Bernhard Vogel, ein festlicher Empfang an, der von Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert eröffnet wurde.



AUTOREN, PANELTEILNEHMER UND HERAUSGEBER

Danja Bergmann
Redakteurin „Die Politische Meinung“,
Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin

Dr. Inge Kaul
Senior Fellow, Hertie School of Governance, Berlin

Erzbischof Diarmuid Martin
Erzbischof von Dublin, Irland

Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland

Professor Dr. Peter Molt
Honorarprofessor für Entwicklungspolitik, Universität Trier

Professor Dr. Stefan Oeter
Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht, Universität Hamburg

Professor Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP
Präsident des Europäischen Parlaments

Dr. Christian Ruck MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Professor Dr. Wolfgang Schürer
Verwaltungsratspräsident der MS Management Service AG, Gastprofessor für Public Affairs, Universität St. Gallen

Peter Sutherland, KCMG
Chairman BP und Goldman Sachs International, ehemaliger Generaldirektor der WTO

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

IMPRESSUM

Herausgeber

Dr. Gerhard Wahlers
Stellv. Generalsekretär
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Redaktion

Susanna Vogt
Referentin Globale Wirtschafts- und Sozialordnung
Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

Mit Beiträgen von:

Gerhard Wahlers
Angela Merkel
Peter Sutherland
Diarmuid Martin
Hans-Gert Pöttering

Bei den hier abgedruckten Beiträgen handelt es sich um überarbeitete Reden, die im Rahmen des Symposiums „Das Gemeinwohl in einer globalisierten Welt“ am 15. Februar 2008 in Berlin gehalten wurden.

Gestaltung und Realisierung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln
workstation gmbh | produktionsservice
für analoge und digitale medien, Bonn

Fotos

Konrad-Adenauer-Stiftung, corbis (Seite 8),
picture alliance (Seite 13)

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin

ISBN 978-3-940955-11-1

www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung